

Diskriminierung in der EU im Jahr 2009

Befragung: Mai 2009 – Juni 2009

Veröffentlichung: November 2009

Zusammenfassung

Durchgeführt im Auftrag der Generaldirektion für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit und koordiniert von der Generaldirektion Kommunikation ("Forschung und politische Analyse" Unit).

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschliesslich die der Autoren.

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	2
1. DISKRIMINIERUNG IN EUROPA: WAHRNEHMUNGEN UND EINSTELLUNGEN	4
1.1 Übersicht über Wahrnehmungen und Einstellungen	4
1.2 Ethnische Herkunft	9
1.3 Alter	11
1.4 Behinderung	13
1.5 Sexuelle Ausrichtung	15
1.6. Geschlecht	17
1.7 Religion oder Weltanschauung.....	19
2. BEKÄMPFUNG VON DISKRIMINIERUNG	22
3. KENNTNIS DER GESETZESLAGE.....	25
3.1. Kenntnis der Gesetzeslage.....	25
3.2 Bevorzugte Anlaufstellen im Falle von Belästigung oder Diskriminierung.....	28
4. ANSICHTEN ZUR CHANCENGLEICHHEIT IN DER ARBEITSWELT	30
4.1 Befürwortung von Maßnahmen zur Sicherstellung der Chancengleichheit in der Arbeitswelt	30
4.2 Befürwortung kontrollierender Maßnahmen	32
4.3 Wahrnehmung, ob der Umfang der Maßnahmen für die Erhöhung der Vielfalt am Arbeitsplatz ausreichend ist.....	34
5. DIE AUSWIRKUNG DER WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE	35
5.1 Die wahrgenommene Auswirkung der Wirtschaftskrise auf Bedeutung und Finanzierung politischer Maßnahmen zur Förderung von Gleichstellung und Vielfalt	35
5.2 Die wahrgenommenen Auswirkungen der Krise auf das Ausmaß an Diskriminierung am Arbeitsmarkt	37
SCHLUSSFOLGERUNG.....	39
 ANHÄNGE	
Technische Hinweise	

EINLEITUNG

In diesem Bericht werden die Ergebnisse der neuen Eurobarometer-Umfrage zur Diskriminierung vorgestellt. Dabei handelt es sich um die dritte einer Reihe von Umfragen, die von der Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben wurde.

Die europäische Gesetzgebung zur Antidiskriminierung und Gleichbehandlung ist weltweit eine der umfangreichsten ihrer Art. Im Jahr 2000 verabschiedete die Europäische Union zwei weitreichende Gesetze¹ über das Verbot der Diskriminierung am Arbeitsplatz auf der Grundlage von der Rasse oder ethnischen Zugehörigkeit, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Ausrichtung.² Im Hinblick auf die Zugehörigkeit der Rasse oder ethnischen Herkunft erstreckt sich der Gültigkeitsbereich dieser Gesetze auch auf weitere Aspekte des täglichen Lebens, wie beispielsweise Bildung und soziale Dienste. Diese Texte ergänzen die zahlreichen Gesetze, die seit dem Jahr 1975 auf Ebene der EU zur Förderung der Gleichheit von Mann und Frau am Arbeitsplatz verabschiedet wurden.³

Die erste Umfrage⁴ zur Vorbereitung auf das **Jahr 2007, dem Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle**, wurde im Sommer 2006 durchgeführt. Dieses Europäische Jahr wurde schwerpunktmäßig dafür genutzt, die Bürger über ihre Rechte zu informieren, die Vielfalt zu würdigen und die Chancengleichheit innerhalb der Europäischen Union für alle zu fördern. Diese Initiative bereitete den Weg für die Entwicklung einer nachdrücklicheren Strategie zur intensiveren Bekämpfung der Diskriminierung in der EU.⁵

¹ Richtlinie 2000/43/EC vom 29. Juni 2000 und Richtlinie 2000/78/EC vom 27. November 2000. Beide Richtlinien gründen auf Artikel 13 des Vertrages von Amsterdam zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, der vorsieht dass: „der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach erfolgter Beratung mit dem Europäischen Parlament und einstimmiger Entscheidung geeignete Maßnahmen zur Verhinderung der Diskriminierung auf Grundlage von Geschlecht, rassischer oder ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung ergreifen kann.“ Die geschlechtsspezifische Diskriminierung am Arbeitsplatz wird zusätzlich durch verschiedene weitere Richtlinien verboten, die seit 1975 verabschiedet wurden.

² Im Rahmen des vorliegenden Berichts wird die Abkürzung LGBT (Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender) zum Verweis auf Menschen mit homosexueller und bisexueller Orientierung sowie transsexuelle Menschen verwendet.

³ Weitere Informationen zum Recht auf Gleichbehandlung und Chancengleichheit erhalten Sie unter www.equality2007.europa.eu oder www.stop-discrimination.info

⁴ Diskriminierung in der Europäischen Union: (Eurobarometer-Sonderumfrage 263). Befragung Juni-Juli 2006.
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_263_en.pdf

⁵ Weitere Einzelheiten finden Sie in der im Jahr 2005 von der Europäischen Kommission veröffentlichten Rahmenstrategie mit dem Titel 'Nichtdiskriminierung und Chancengleichheit für alle – eine Rahmenstrategie' unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52005DC0224:DE:HTML;..>

Im Nachgang zu der erfolgreichen Umsetzung des 2007 Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle⁶, verabschiedete die Kommission im Rahmen ihrer neuen Sozialagenda am 2. Juli 2008 ein Gleichbehandlungspaket, das sich aus den folgenden Teilen zusammensetzt: einerseits einem Vorschlag für eine neue Richtlinie zur Gleichbehandlung, in der das Verbot der Diskriminierung aufgrund von Alter, Behinderung, sexueller Ausrichtung, Religion oder Weltanschauung außerhalb des Arbeitslebens enthalten ist und andererseits einer Mitteilung, in der ein umfassender Ansatz für die aktive Bekämpfung von Diskriminierung und Förderung der Chancengleichheit vorgestellt wird.⁷

Zu Beginn des Jahres 2008 wurde eine zweite Umfrage durchgeführt, mit der festgestellt werden sollte, inwieweit sich die Wahrnehmungen und Meinungen im dazwischenliegenden Jahr geändert hatten.⁸ Die aktuellste Umfrage wurde im Zeitraum zwischen dem 29. Mai und dem 15. Juni 2009 durchgeführt. In dieser aktuellen Umfrage wurden neue Fragen hinzugefügt, um das Ausmaß zu erfassen, in dem die Wirtschaftskrise die Umsetzung der Gesetze und Maßnahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung erschweren könnte. Darüber hinaus wurden für die Umfrage erstmalig auch Befragungen in den drei Beitrittsländern vorgenommen: Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (FYROM) und die Türkei.

In der vorliegenden Zusammenfassung wird aufgezeigt, wie sich die Wahrnehmungen auf diesem Gebiet seit 2008 geändert haben.

Die drei Umfragen wurden von der TNS Opinion & Social durchgeführt. Die angewandte Methodik ist die für Eurobarometer-Umfragen der Generaldirektion für Kommunikation (Referat "Forschung und politische Analyse").⁹ Diesem Bericht ist ein technischer Hinweis zur Art der Durchführung der Interviews durch die Institute innerhalb des Netzwerks von TNS Opinion & Social als Anhang beigefügt. In diesem Hinweis werden die Interview-Verfahren und Konfidenzintervalle erläutert.¹⁰

⁶ Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Ausschuss für Wirtschaft und Soziales und den Ausschuss der Regionen – Implementation, results and overall assessment of the 2007 European Year of Equal Opportunities for All (in englischer Sprache) COM/2009/0269 endg..

⁷ Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Ausschuss für Wirtschaft und Soziales und den Ausschuss der Regionen- Non-discrimination and equal opportunities: A renewed commitment (in englischer Sprache) {SEC(2008) 2172} /* COM/2008/0420 endg..

⁸ Diskriminierung in 2008: (Eurobarometer-Sonderumfrage 296). Befragung Februar-März 2008.
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_296_de.pdf

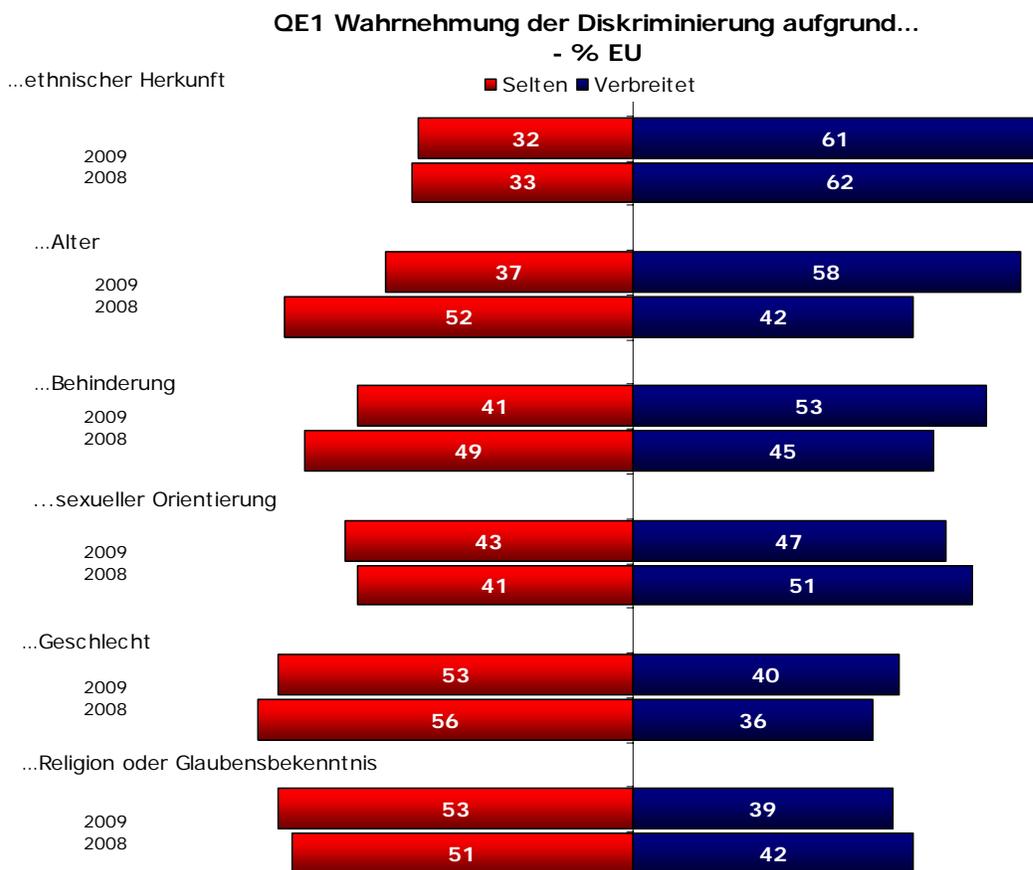
⁹ http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

¹⁰ Die Ergebnistabellen sind im Anhang enthalten. Es sei darauf hingewiesen, dass die Summe der Antworten in den Tabellen in diesem Bericht 100% übersteigen kann, sofern Mehrfachantworten auf eine Frage möglich sind.

1. DISKRIMINIERUNG IN EUROPA: WAHRNEHMUNGEN UND EINSTELLUNGEN

1.1 Übersicht über Wahrnehmungen und Einstellungen

Die Diskriminierung auf Grundlage der ethnischen Herkunft (61%) wird als verbreiteste Form der Diskriminierung in der EU betrachtet, dicht gefolgt von der Diskriminierung aufgrund des Alters (58%) und einer Behinderung (53%).¹¹ Während sich hinsichtlich der Wahrnehmung von Diskriminierung aufgrund der Ethnizität seit 2008 keine bedeutenden Änderungen ergeben haben, konnte eine deutliche Veränderung in der öffentlichen Meinung zu Diskriminierung aufgrund des Alters und aufgrund von Behinderung beobachtet werden: **Die Europäer nehmen die Diskriminierung aufgrund des Alters nun weitaus häufiger wahr (+16 Prozentpunkte seit 2008). Dies gilt auch für die Behinderung als Diskriminierungsgrund (+8 Prozentpunkte).** Während die Mehrheit im Jahr 2008 noch der Ansicht war, dass Diskriminierung aufgrund dieser beiden Merkmale selten vorkomme, werden diese beiden nun von mehr als der Hälfte der Europäer als weit verbreitete Diskriminierungsgründe angegeben.



Hinweis: Die Antworten "Weiß nicht" und "Existiert nicht" (spontan) sind nicht in der Darstellung enthalten.

¹¹ QE1. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Arten von Diskriminierung, ob sie in (UNSEREM LAND) Ihrer Meinung nach sehr verbreitet, ziemlich verbreitet, ziemlich selten oder sehr selten ist. Wie ist das mit Diskriminierung aufgrund von ...

Somit lässt sich feststellen, dass im Jahr 2009 ein größerer Anteil der Europäer die Diskriminierung aufgrund von vier der sechs in dieser Umfrage untersuchten Merkmale (d.h. all jener aufgrund derer die Diskriminierung in der EU gesetzlich verboten ist¹²), eher als verbreitet denn als selten einstuft: neben der Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft, des Alters und von Behinderung betrifft dies auch die sexuelle Ausrichtung (47%), obgleich die Diskriminierung aufgrund dieses Merkmals im Vergleich zu 2008 nun seltener als verbreitet wahrgenommen wird (- 4 Punkte). Ein erheblicher Anteil der Europäer – und zwar mehr als ein Drittel – ist darüber hinaus der Meinung, dass die Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und Religion oder Weltanschauung verbreitet sei. Gleichzeitig ist hier allerdings zu beachten, dass diese beiden Diskriminierungsgründe nach Wahrnehmung der absoluten Mehrheit (jeweils 53%) nur selten auftreten.

Im Rahmen dieser Umfrage wurden die Bürger auch zu ihrer persönlichen Erfahrung mit Diskriminierung befragt. **16% der Befragten geben an, dass sie sich im Verlauf der 12 Monate vor der Umfrage aufgrund eines oder mehrerer der folgenden untersuchten Diskriminierungsgründe persönlich diskriminiert oder belästigt gefühlt haben:** Geschlecht, Behinderung, ethnische Herkunft, Alter,¹³ sexuelle Ausrichtung, Religion oder Weltanschauung.¹⁴ Wie bereits im Jahr 2008 ist das **Alter der am häufigsten von den Befragten angegebene Diskriminierungsgrund**, aufgrund dessen sich sechs Prozent der Befragten im Verlauf des vergangenen Jahres diskriminiert fühlten. Als weitere Diskriminierungsgründe folgen dann Geschlecht und ethnische Herkunft, wobei jeweils drei Prozent der Befragten angeben, diese Erfahrung gemacht zu haben.¹⁵

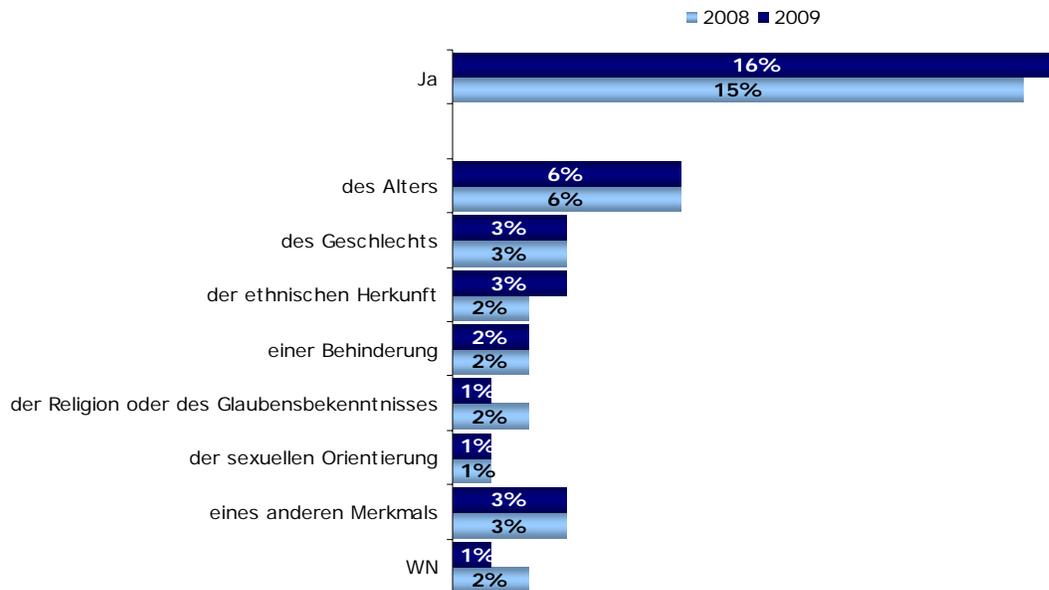
¹² Den Mitgliedsländern der EU steht es frei, strengere Gleichbehandlungsgesetze zu verabschieden, die auch ein Verbot der Diskriminierung aufgrund weiterer Merkmale vorsehen. Viele Länder haben dies bereits umgesetzt.

¹³ Hinweis: Im Fragebogen wurde absichtlich nicht angegeben, ob eine Diskriminierung älterer oder jüngerer Menschen gemeint war, damit die Befragten den Begriff 'Altersdiskriminierung' nach eigenem Ermessen interpretieren konnten.

¹⁴ QE3 Haben Sie sich in den vergangenen 12 Monaten aufgrund eines oder mehrerer Merkmale auf der folgenden Liste diskriminiert oder belästigt gefühlt? Bitte nennen Sie mir alle Bezeichnungen, die auf sie zutreffen. (MEHRFACHNENNUNGEN MÖGLICH)

¹⁵ Weitere 3% teilen mit, dass Sie aufgrund eines anderen Merkmals diskriminiert wurden, das nicht zu den sechs offiziellen, d.h. gesetzlich verbotenen, Diskriminierungsgründen zählt.

QE3. Haben Sie sich in den vergangenen 12 Monaten aufgrund eines oder mehrerer Merkmale auf der folgenden Liste diskriminiert oder belästigt gefühlt? Bitte nennen Sie mir alle Punkte, die zutreffen. War es Diskriminierung aufgrund (MEHRFACHANTWORTEN MÖGLICH)
- % EU



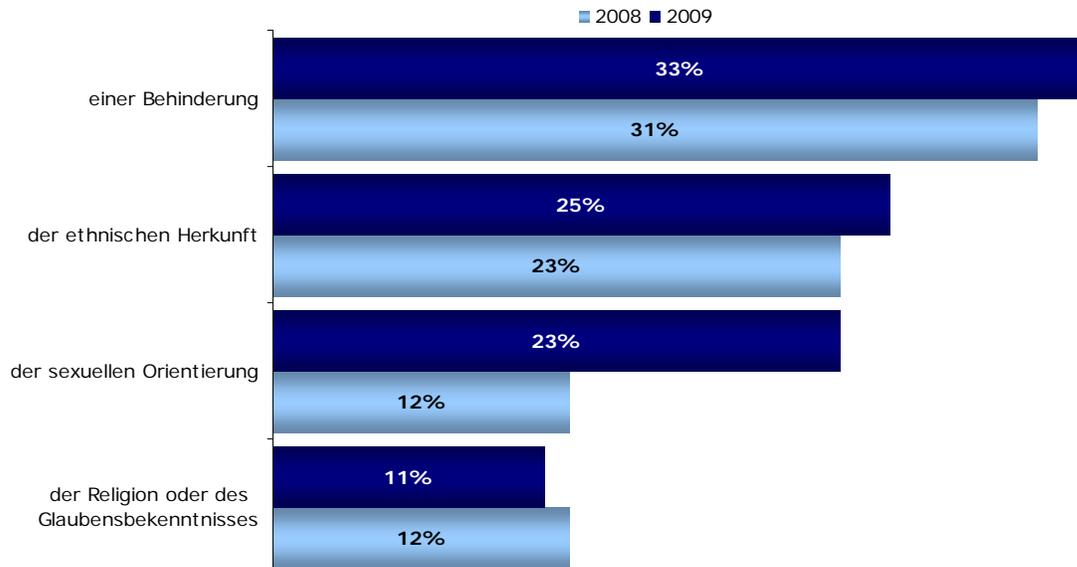
Die Daten weisen auf einen starken **Zusammenhang zwischen dem Selbstverständnis der Bürger als Mitglied einer Minderheit und der Erfahrung einer Diskriminierung hin**. Dies ist insbesondere der Fall bei Diskriminierung aufgrund von Behinderung, Ethnizität und sexueller Ausrichtung.

Dies legt den Schluss nahe, dass es für Minderheiten, die sich selbst als Minderheit betrachten, wahrscheinlicher ist, Diskriminierung zu erfahren, oder dass die Erfahrung von Diskriminierung oder Belästigung in signifikantem Maße dazu beiträgt, dass sich die Bürger diesbezüglich selbst als 'Minderheit' wahrnehmen.

In der nachfolgenden Darstellung wird diese Verknüpfung verdeutlicht. Ein Viertel der Europäer, die sagen, dass Sie im Hinblick auf ihre ethnische Herkunft zu einer Minderheit gehören, geben zum Beispiel auch an, dass Sie sich im Verlauf der vergangenen 12 Monate auf Grundlage dieses Merkmals diskriminiert fühlten. Wenn man allerdings die Gesamtheit aller Europäer betrachtet und nicht nur jene, die sich selbst als Mitglied einer Minderheit sehen, liegt im Gegensatz dazu der Anteil der berichteten ethnischen Diskriminierung bei nur drei Prozent.

QE3 / QE17 Haben Sie sich in den vergangenen 12 Monaten aufgrund eines oder mehrerer Merkmale auf der folgenden Liste diskriminiert oder belästigt gefühlt?
- % EU27

% Anteil derjenigen, die sich selbst als Minderheit einordnen und die Diskriminierung irgendwelcher Art erfahren haben



Basis: Alle Befragten, die sich selbst einer Minderheit im Sinne der untersuchten Merkmale zuordnen (Behinderung n=586; Ethnische Herkunft n=1210; Sexuelle Ausrichtung n=255; Religion oder Weltanschauung n=1092). Achtung: geringe Datenbasis.

Hinweis: Bei der Frage zum Selbstverständnis als Mitglied einer Minderheit gab es keine Optionen für 'Alter' oder 'Geschlecht'.

Diese Ergebnisse ähneln sehr stark jenen aus dem Jahr 2008. Der verzeichnete Anstieg unter den Befragten, die sich selbst als Mitglied einer Minderheit im Hinblick auf die sexuelle Ausrichtung begreifen, ist auf die sehr kleinen Probengrößen zurückzuführen, die keine Validierung der Änderung seit 2008 erlauben.¹⁶

Um die Einstellungen der Bürger gegenüber verschiedenen Gruppierungen zu verdeutlichen, wurde auch in diesem Jahr eine Frage gestellt, die im Jahr 2008 neu eingeführt worden war.¹⁷ Bei dieser Frage muss der Befragte auf einer Skala von 1 bis 10 angeben, wie es sich für ihn anfühlt, wenn der Vertreter einer bestimmten Gruppierung in das höchste politische Amt des eigenen Landes gewählt werden würde, wobei die 10 bedeutet, dass sich der Befragte bei dieser Vorstellung 'vollkommen wohl' fühlt.¹⁸

¹⁶ 255 Befragte ordneten sich im Jahr 2009 selbst einer Minderheit im Hinblick auf die sexuelle Orientierung zu. Im Jahr 2008 war diese Zahl noch niedriger (n=190).

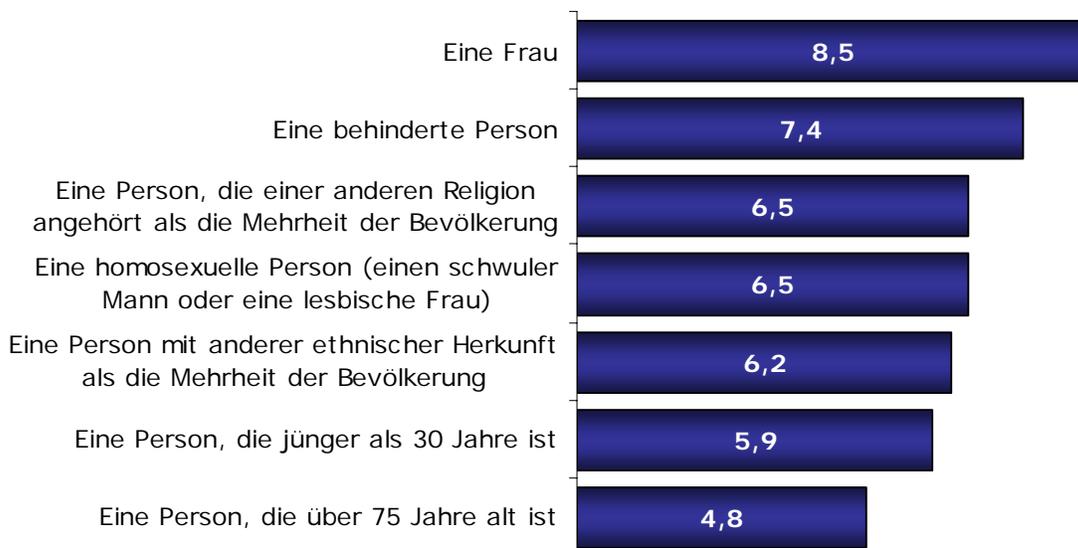
¹⁷ QE6 Bitte sagen Sie mir wieder anhand einer Skala von 1 bis 10, wie Sie sich fühlen würden, wenn eine der Personen auf der folgenden Liste in (UNSEREM LAND) (in das höchste politische Amt) gewählt würde. Auf dieser Skala steht die ,1' für "Würde mich sehr unwohl fühlen" und die ,10' für ,Würde mich vollkommen wohl fühlen'.

¹⁸ Die Antworten fielen in erheblichem Maße negativer aus als jene, die 2008 gegeben wurden. Es scheint, als ob dies auf einen Kontexteffekt zurückzuführen ist: 2008 wurden die Bürger zunächst gefragt, wie sie sich fühlen würden, wenn Mitglieder verschiedener Minderheiten zu ihren Nachbarn zählten. In der Umfrage für 2009 wurde diese Frage jedoch nicht gestellt. Die Ergebnisse für 2008 finden Sie in der Eurobarometer-Sonderumfrage 296: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_296_de.pdf

Die Einstellungen der Europäer unterscheiden sich stark in Abhängigkeit von der jeweiligen Gruppierung. Sie haben relativ wenige Probleme damit, wenn eine Frau (8,5) oder eine Person mit einer Behinderung (7,4) das höchste politische Amt innehat. Wenn es um eine andere sexuelle Ausrichtung oder Religion (beide jeweils 6,5) oder ethnische Herkunft als beim Rest der Bevölkerung geht (6,2), tritt der Widerstand etwas deutlicher zu Tage. Das Alter ist auch ein Thema, insbesondere dann, wenn die Person älter als 75 (4,8) oder jünger als 30 (5,9) wäre.

QE6. Bitte sagen Sie mir anhand einer Skala von 1 bis 10, wie Sie sich dabei fühlen würden, wenn jemand mit den folgenden Eigenschaften in das höchste politische Amt (UNSER LAND) gewählt werden würde? - % EU27

■ Durchschnittswert (auf einer Skala von 1 bis 10)



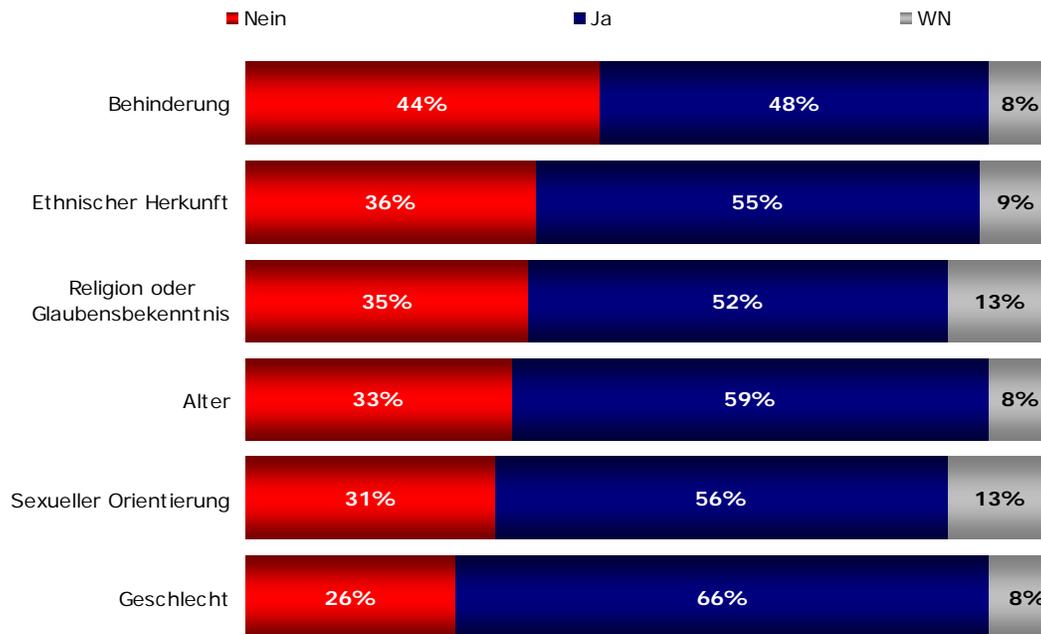
Die aktuelle Umfrage beinhaltet auch eine neue Frage, mit der ermittelt werden kann, in welchem Umfang nach Meinung der Europäer die Vielfalt in den Medien dargestellt wird. Auch hier wurden wiederum alle Diskriminierungsgründe untersucht. Ein erheblicher Anteil der Europäer vertritt in Bezug auf sämtliche Diskriminierungsgründe die Ansicht, dass die Vielfalt in den Medien nicht genügend dargestellt werde.¹⁹ Diese Wahrnehmung ist besonders verbreitet, wenn es um eine 'Behinderung' als Diskriminierungsgrund geht. Im Hinblick auf diesen Aspekt sind 44% der Europäer der Ansicht, dass die Vielfalt nicht in ausreichendem Maße in den Medien wiedergegeben werde.

Etwa ein Drittel der Europäer vertritt diese Ansicht jeweils bei der 'ethnischen Herkunft' (36%), der 'Religion oder Weltanschauung' (35%), dem 'Alter' (33%) und der 'sexuellen Ausrichtung' (31%).

¹⁹ QE11: Sind Sie der Ansicht, dass Vielfalt aufgrund von ... in den Medien ausreichend wiedergespiegelt wird?

Im Hinblick auf das 'Geschlecht' meint etwa ein Viertel der Europäer, dass die Vielfalt nicht in genügendem Maße in den Medien wiedergegeben werde (26%).²⁰

QE11. Sind Sie der Ansicht, dass Vielfalt aufgrund von ... in den Medien ausreichend wiedergespiegelt wird?



1.2 Ethnische Herkunft

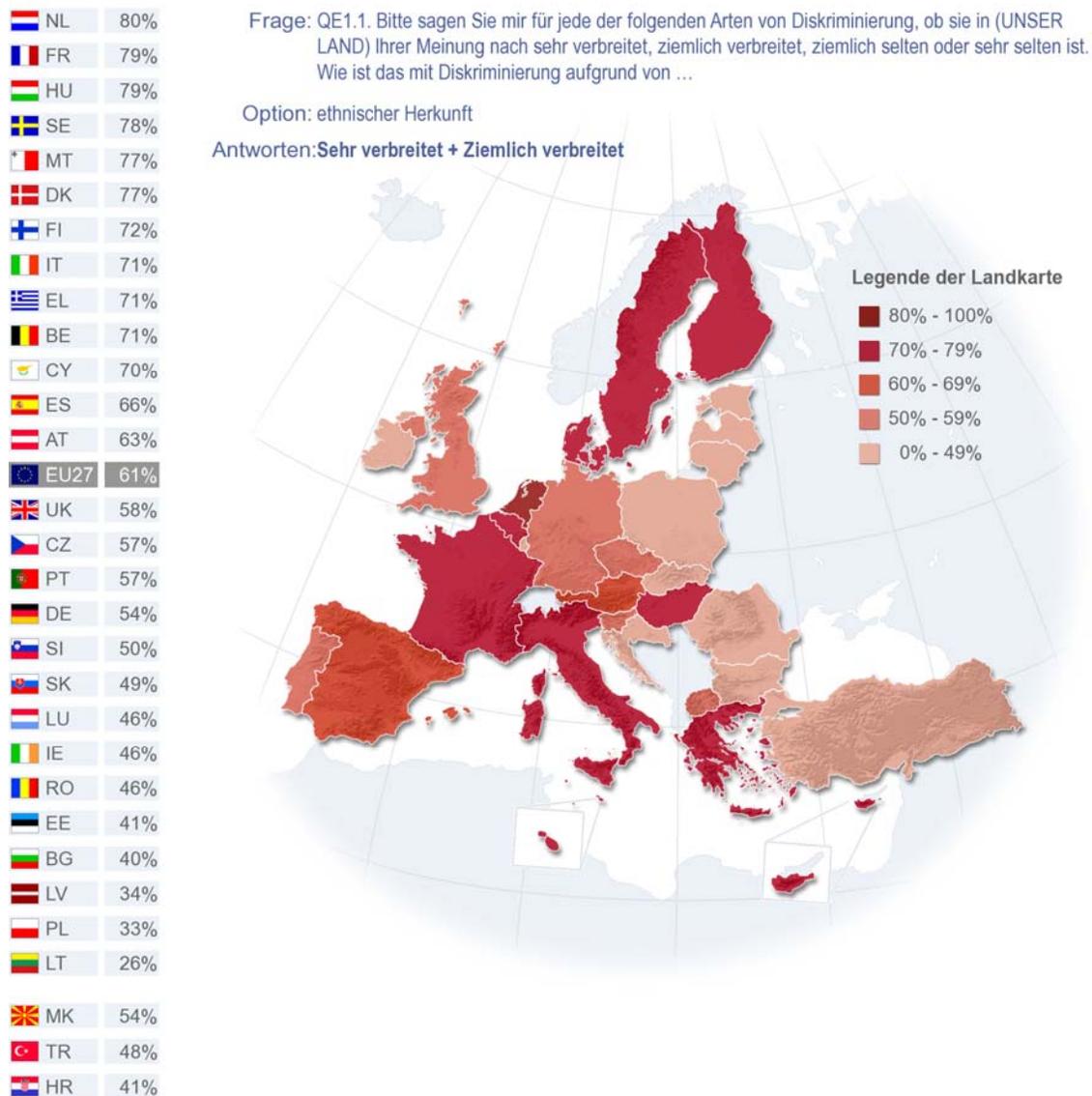
Die **Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft** wird unter den sechs, im Rahmen dieser Umfrage untersuchten Diskriminierungsgründen, **am häufigsten als verbreitet angesehen**: Nach Meinung von 16% der Europäer ist diese Form der Diskriminierung im eigenen Land sehr verbreitet, während 45% der Ansicht sind, diese sei nur ziemlich verbreitet. Ein Viertel meint, sie sei ziemlich selten und weitere sieben Prozent gehen davon aus, sie sei sehr selten. Nur drei Prozent geben spontan zur Antwort, diese existiere nicht im eigenen Land. Vier Prozent antworten mit 'Weiß nicht'.

Zwischen den einzelnen Ländern herrschen hinsichtlich der Meinungen über die Verbreitung der ethnischen Diskriminierung **beachtliche Unterschiede**. Mehr als drei Viertel der Niederländer (80%), Franzosen, Ungarn (beide 79%), Schweden (78%) Dänen und Malteser (beide 77%) sind der Meinung, sie sei verbreitet. Am anderen Ende der Skala teilen weniger als 4 von 10 Litauern (26%), Polen (33%) und Letten (34%) diese Ansicht.

²⁰ 'Dieser Wert entspricht der Anzahl aller Antworten mit 'Nein'. Darin enthalten sind Antworten wie 'Nein, sicher nicht' und 'Nein, nicht wirklich'.

In diesen Ländern lässt sich auch ein überdurchschnittlicher Anteil von Bürgern feststellen, die davon überzeugt sind, Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft existiere nicht (jeweils 10%, 9% und 11% im Vergleich zum EU-Durchschnitt von 3%). In Bulgarien und Estland ist dieser Wert sogar noch höher (12%).

Die obigen Zahlen sollten im Kontext des jeweiligen ethnischen Profils des betreffenden Landes und im Hinblick auf das Ausmaß betrachtet werden, in dem Fragen wie Ethnizität, Einwanderung und die multikulturelle Gesellschaft in der Öffentlichkeit diskutiert werden.



Die ausgeprägten Unterschiede zwischen den landesspezifischen Ergebnissen stellen ein komplexes Phänomen dar, das nicht auf einfachem Wege erklärt werden kann.

Zunächst steht die *Wahrnehmung*, dass ethnische Diskriminierung verbreitet sei, in keinem Zusammenhang dazu, ob die Menschen in diesen Ländern Diskriminierung tatsächlich *erleben*: In keinem der Länder, in denen mindestens drei Viertel der Meinung sind, die ethnische Diskriminierung sei verbreitet, liegen überdurchschnittlich hohe Werte bei der selbst erlebten Diskriminierung aufgrund ethnischer Herkunft vor.

Ein Grund hierfür könnte wiederum sein, dass die Wahrnehmung von Diskriminierung aufgrund ethnischer Herkunft im landesspezifischen Kontext davon abhängt, dass verwandte Themen in den nationalen Medien diskutiert werden und ethnische Minderheiten sichtbar sind.

Freundschaften mit Menschen anderer ethnischer Herkunft sensibilisieren die Bürger stärker für Diskriminierung aufgrund dieses Merkmals. Von den Befragten, bei denen dies der Fall ist, geben 67% an, dass Diskriminierung in ihrem Land verbreitet ist. Bei den Befragten ohne solche Freundschaften sinkt dieser Wert auf 54%.²¹

Interessanterweise **sind Personen, die sich als Teil einer ethnischen Minderheit betrachten, nur mit geringfügig höherer Wahrscheinlichkeit als der Durchschnitt davon überzeugt, dass ethnische Diskriminierung in ihrem Land verbreitet sei.**

QE1.1 DISKRIMINIERUNG AUFGRUND DER ETHNISCHEN HERKUNFT	Insgesamt %	QE16. FREUNDE MIT UNTERSCHIEDLICHER ETHNISCHER HERKUNFT		QE17. ORDNET SICH SELBST EINER MINDERHEIT ZU
		Ja	Nein	Ethnisch*
Verbreitet	61%	67%	54%	65%
Selten	32%	29%	36%	31%

*Hinweis: In dieser Tabelle sollten die Angaben für Personen, die ihrer eigenen Aussage nach einer ethnischen Minderheit angehören, wegen der kleinen Basis (n=1210) nur als Anhaltspunkt gewertet werden. Anders gesagt: 5 % der Europäer betrachten sich als Mitglied einer ethnischen Minderheit.

1.3 Alter

Wie bereits erwähnt, **haben sich die Meinungen über das Ausmaß der Diskriminierung aufgrund des Alters innerhalb eines einzigen Jahres komplett geändert.** Im Folgenden wird noch erläutert werden, warum die treibende Kraft dieser Meinungsänderung die Wirtschaftskrise ist.

Während im Jahr 2008 eine deutliche Mehrheit der Europäer der Ansicht war, dass Diskriminierung aufgrund dieses Merkmals selten sei (52%), hat sich dies im Jahr 2009 deutlich geändert: Mittlerweile gehen 58% davon aus, dass diese Form der Diskriminierung verbreitet sei (16% sehr verbreitet, 42% ziemlich verbreitet). Dem gegenüber meinen 37%, sie käme selten vor (10% sehr selten, 27% ziemlich selten).

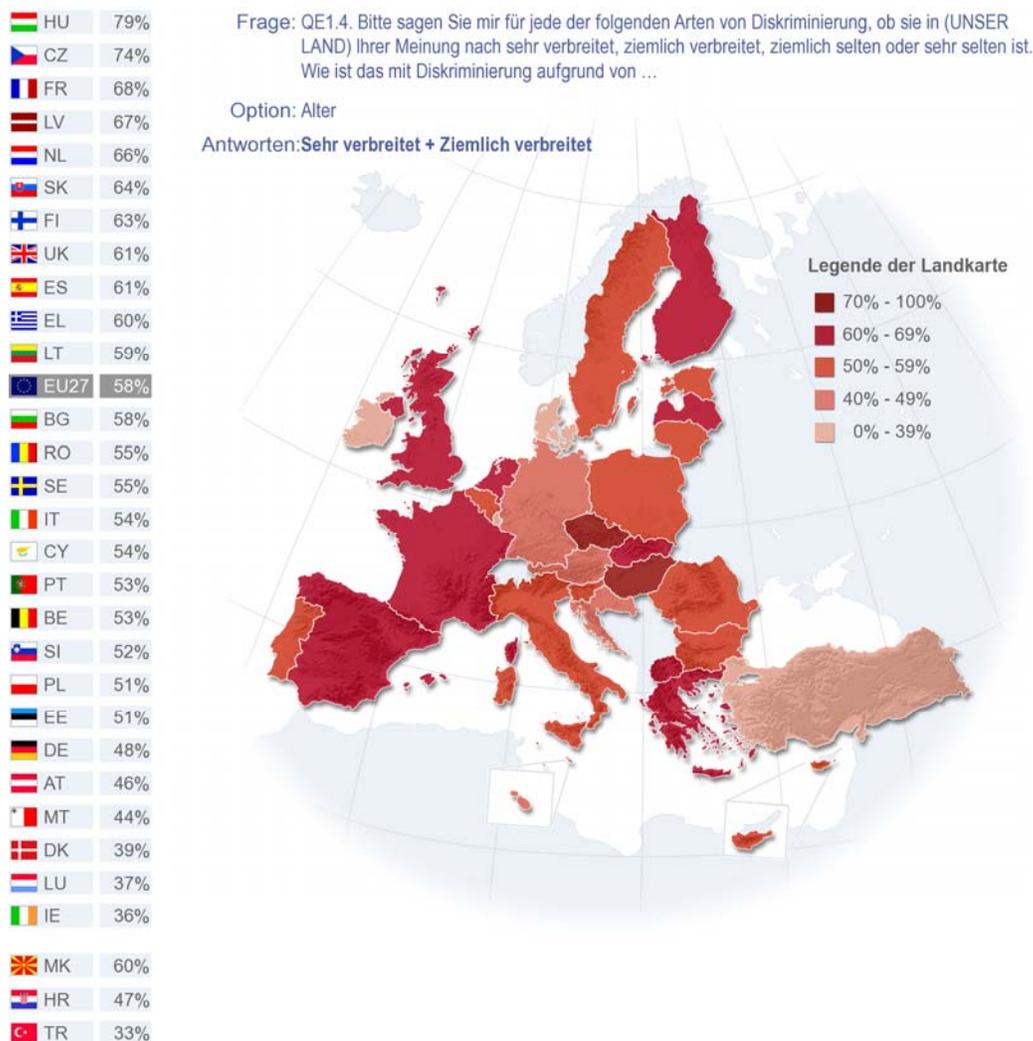
²¹ Hierzu ist anzumerken, dass Freundschaften zu Roma ein weniger entscheidender Faktor sind: Insgesamt meinen 64% der Bürger mit Freundschaften zu Roma, dass Diskriminierung verbreitet sei. Bei den Bürgern ohne diese Freundschaften sind es 61%.

Zwei Prozent erklären, Diskriminierung aufgrund des Alters existiere nicht im eigenen Land und weitere drei Prozent antworten mit 'Weiß nicht'.

In diesem Zusammenhang muss angemerkt werden, dass im Rahmen der Frage nach dem Ausmaß der Altersdiskriminierung, die Bürger nicht darum gebeten wurden zwischen Alter und Jugend zu differenzieren.

Bei der Beantwortung dieser Frage ist es insofern möglich, dass die Bürger unterschiedliche Auffassungen vom Diskriminierungsgrund gehabt haben.

Ungeachtet dieser Unterscheidung sieht eine Mehrheit in allen Ländern, mit Ausnahme von sechs,²² die Altersdiskriminierung als verbreitet an. In 22 der 30 Länder, in denen die Umfrage durchgeführt wurde, wird diese Meinung jeweils von einer absoluten Mehrheit vertreten. An erster Stelle steht dabei Ungarn, wo 79% der Bürger angeben, die Altersdiskriminierung sei im eigenen Land verbreitet. Darauf folgen die Befragten aus der Tschechischen Republik (74%), Frankreich (68%), Lettland (67%) und den Niederlanden (66%).



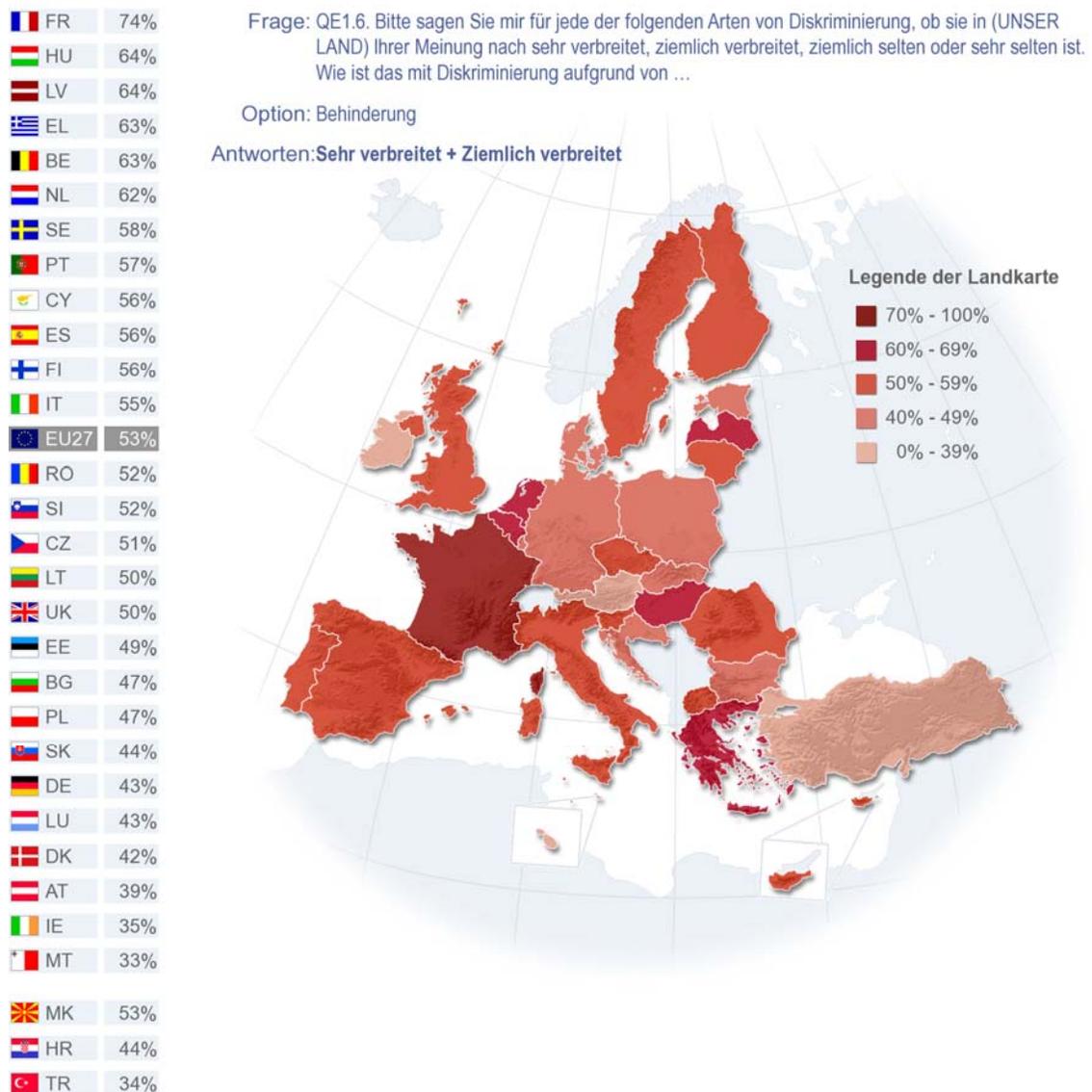
²² Bei diesen sechs Ländern handelt es sich um die Türkei, Irland, Luxemburg, Dänemark, Malta und Deutschland.

Die Analyse der Daten lässt erkennen, dass **Bürger im Alter von mindestens 40 Jahren mit höherer Wahrscheinlichkeit angeben, die Diskriminierung aufgrund des Alters sei verbreitet**. Dieses Ergebnis hebt sich deutlich von jenen bei den anderen Diskriminierungsgründen ab. Eine Diskriminierung aufgrund der anderen Merkmale wird eher von Befragten der jüngsten Altersgruppe als verbreitet angesehen.

1.4 Behinderung

Die gleiche Meinungsänderung, die bereits für das Alter festgestellt wurde, ist auch bei der Behinderung als Diskriminierungsgrund zu erkennen. **War die Diskriminierung aufgrund von Behinderung im Jahr 2008 nach Meinung der Mehrheit noch selten (49%), so ist nun eine Mehrheit (53%) der Ansicht, dass sie verbreitet sei (13% sehr verbreitet, 40% ziemlich verbreitet)**. Wenig mehr als vier von zehn Bürgern (41%) sind nun der Meinung, sie sei selten (10% sehr selten, 31% ziemlich selten). Zwei Prozent erklären, dass Diskriminierung aufgrund von Behinderung im eigenen Land nicht existiere und weitere vier Prozent antworten mit 'Weiß nicht'.

Wieder zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den landesspezifischen Ergebnissen, wobei in Frankreich (74% verbreitet), Lettland, Ungarn (beide 64%), Belgien, Griechenland (beide 63%) und den Niederlanden (62%) diese Form der Diskriminierung am häufigsten als verbreitet angesehen wird. Am seltensten ist diese Wahrnehmung auf Malta (33%), in der Türkei (34%), in Irland (35%) und Österreich (39%) zu beobachten.



Auch hier zeigt die Umfrage, dass **Freundschaften zu Menschen mit Behinderung die Wahrscheinlichkeit dafür erhöhen, dass die Diskriminierung im eigenen Land als verbreitet wahrgenommen wird.** Dieser Zusammenhang ist auch bei der Diskriminierung aufgrund der Ethnizität zu erkennen.

Im Gegensatz zu den bereits dargestellten Ergebnissen bezüglich der Ethnizität, **sind Bürger, die sich selbst aufgrund einer Behinderung einer Minderheit zurechnen, mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit der Ansicht, dass die Diskriminierung aufgrund dieses Merkmals ihrer Meinung nach verbreitet sei.**

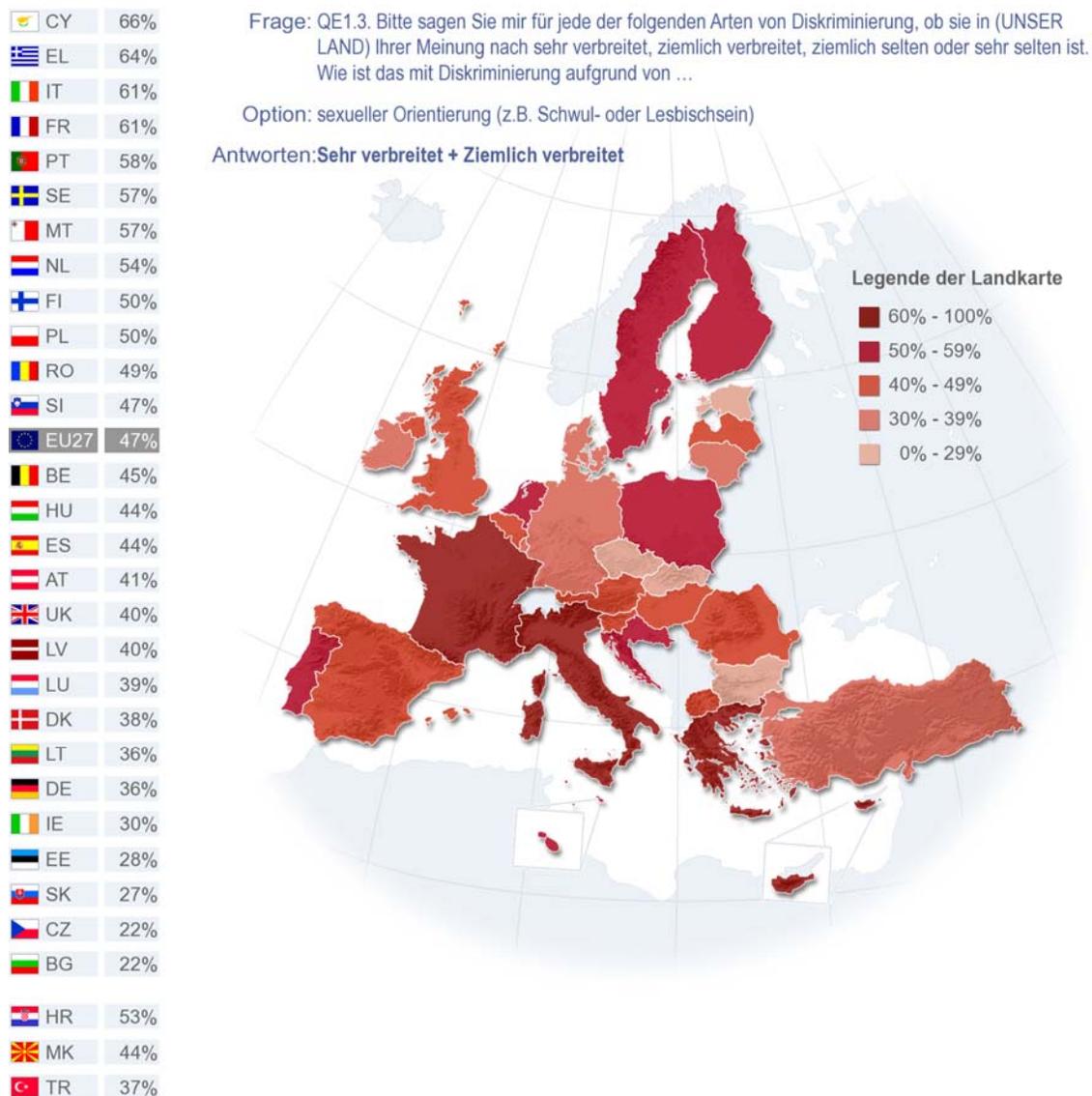
QE1.6 DISKRIMINIERUNG AUFGRUND EINER BEHINDERUNG	Insgesamt %	QE16.4 FREUNDE MIT BEHINDERUNG		QE17 ORDNET SICH SELBST EINER MINDERHEIT ZU
		Ja	Nein	mit Behinderung*
Verbreitet	53%	56%	50%	69%
Selten	41%	39%	43%	29%

*Hinweis: Die Ergebnisse für die Gruppe, die sich wegen einer Behinderung als Minderheit betrachtet, können aufgrund der kleinen Basis (n=586) nur als Anhaltspunkt gewertet werden. Dies bedeutet, dass sich nur 2% der Bürger selbst dieser Minderheit zurechnet.

1.5 Sexuelle Ausrichtung

Im Gegensatz zu den Ergebnissen, die sich für Diskriminierung aufgrund des Alters oder einer Behinderung ergeben, **sehen die Europäer mittlerweile die sexuelle Ausrichtung im Durchschnitt weniger häufig als verbreitet vorkommenden Grund für Diskriminierung innerhalb der EU an, als dies noch im Jahr 2008 der Fall war.** Dieses Merkmal wird nun am vierthäufigsten als verbreitet vorkommender Grund für Diskriminierung in der EU gesehen. Knapp weniger als die Hälfte (47%) meint, dass dieser Diskriminierungsgrund verbreitet sei (12% sehr verbreitet, 35% ziemlich verbreitet), im Gegensatz zu 43% der Befragten, die annehmen, sie sei selten (32% ziemlich selten, 11% sehr selten). Drei Prozent sind überzeugt, dass eine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung im eigenen Land nicht existiere und weitere sieben Prozent antworten mit 'Weiß nicht'.

Bei der Untersuchung der Ergebnisse auf Länderebene zeigt sich das gleiche Muster wie im Jahr 2008: Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung wird **insbesondere in vielen Mittelmeerländern als verbreitet betrachtet.** So sind zum Beispiel Zypern (66%) und Griechenland (64%) die beiden Länder, in denen diese Form der Diskriminierung am häufigsten als verbreitet betrachtet wird. Auch in Italien und Frankreich (beide 61%) liegen diese Ergebnisse weiter über dem EU-Durchschnitt von 47%.



Beim Blick auf das untere Ende der Liste lässt sich feststellen, dass die **Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung in vielen der neueren Beitrittsländer viel seltener als verbreitet wahrgenommen wird**: Die vier Länder am Ende der Liste sind Bulgarien, die Tschechische Republik (beide 22%), die Slowakei (27%) und Estland (28%).

Hierbei ist auch festzustellen, dass nur ein unterdurchschnittlich hoher Anteil der Bürger in diesen Ländern angibt, LGBT-Freunde zu haben.²³

²³ In Bulgarien geben 7% an, LGBT-Freunde zu haben, in der Tschechischen Republik sind es 20% und in der Slowakei 15%. Im Vergleich dazu liegt der EU-Durchschnitt bei 38%.

Umgekehrt befinden sich die Länder, in denen ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Befragten angibt, LGBT-Freunde zu haben, am oberen Ende der Liste, wenn es darum geht, ob die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung verbreitet sei.²⁴ So scheint die Schlussfolgerung möglich, dass Befragte mit LGBT-Freunden mit größerer Wahrscheinlichkeit der Ansicht sind, dass Diskriminierung aufgrund dieses Merkmals verbreitet sei.

Die Ergebnisse der Umfrage deuten darauf hin, dass Bürger, die sich im Hinblick auf ihre sexuelle Ausrichtung einer Minderheit zurechnen, die Diskriminierung aufgrund dieses Merkmals häufiger als verbreitet wahrnehmen. Aufgrund der kleinen Probengrößen ist es jedoch nicht möglich, diese Aussage statistisch nachzuweisen.

QE1.3 DISKRIMINIERUNG AUFGRUND DER SEXUELLEN AUSRICHTUNG	Insgesamt %	QE16. LGBT- FREUNDE		QE17. ORDNET SICH SELBST EINER MINDERHEIT ZU
		Ja	Nein	Sexuelle Ausrichtung*
Verbreitet	47%	53%	44%	57%
Selten	43%	44%	43%	39%

*Hinweis: In dieser Tabelle sollten die Angaben für Personen, die nach eigener Aussage in Hinblick auf ihre sexuellen Ausrichtung einer Minderheit angehören, wegen der sehr kleinen Basis (n=255) nur mit äußerster Vorsicht betrachtet werden. Anders ausgedrückt: 1% der Europäer betrachten sich als Mitglied einer Minderheit im Hinblick auf ihre sexuelle Ausrichtung.

1.6. Geschlecht

Das Geschlecht ist einer der beiden Diskriminierungsgründe, die von einem größeren Anteil der Bürger eher als selten denn als verbreitet wahrgenommen wird. 53% nehmen an, sie sei selten (15% sehr selten und 38% ziemlich selten) und 40%, sie sei verbreitet (33% ziemlich verbreitet und 7% sehr verbreitet). Drei Prozent der Befragten sagen spontan, sie existiere nicht und vier Prozent antworten mit 'Weiß nicht'.

Dieses generelle Muster findet sich mit wenigen Ausnahmen in fast allen Ländern wieder. Bei Betrachtung der Ausnahmen, gibt es drei Länder, in denen eine klare Mehrheit der Meinung ist, die geschlechtsspezifische Diskriminierung sei verbreitet: Ungarn (57%), Frankreich (54%) und Schweden (52%). In fünf Ländern - Griechenland, Zypern, Italien, FYROM und die Türkei - ist die Öffentlichkeit geteilter Meinung. Am anderen Ende der Skala gehen etwa zwei von drei Befragten in Luxemburg (69%), Dänemark, Irland, Finnland (jeweils 67%) und Deutschland (65%) jeweils davon aus, dass die geschlechtsspezifische Diskriminierung im eigenen Land selten sei.

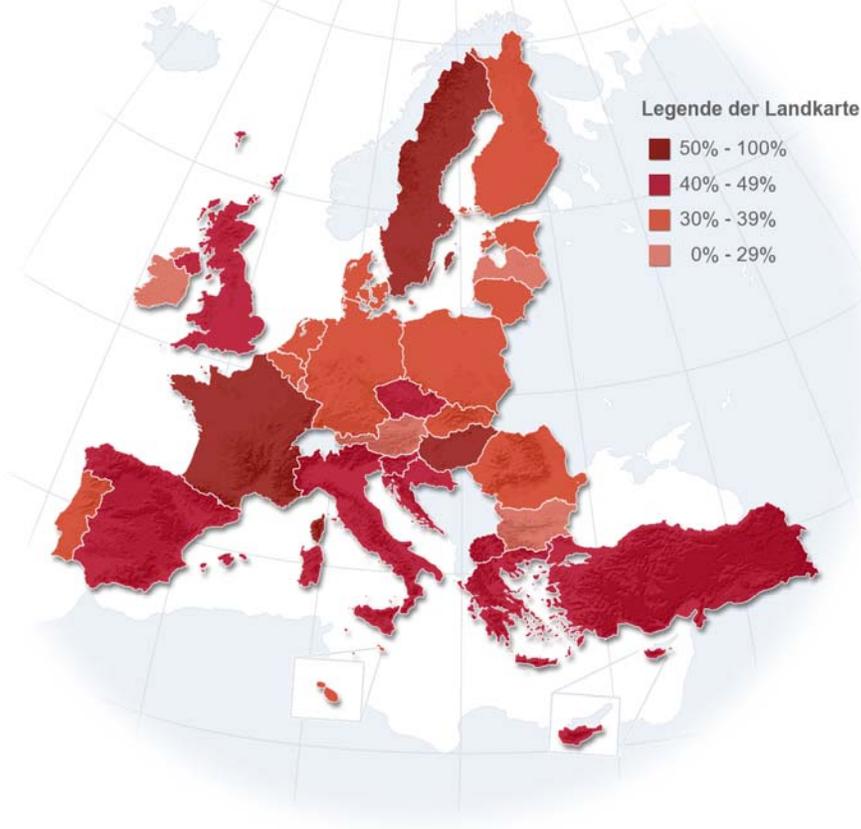
²⁴ Der höchste Anteil findet sich in den Niederlanden (68%), gefolgt von Schweden und Frankreich (beide 59%).

	HU	57%
	FR	54%
	SE	52%
	EL	49%
	CY	48%
	IT	46%
	ES	45%
	CZ	45%
	UK	43%
	SI	40%
	EU27	40%
	BE	39%
	NL	38%
	RO	38%
	SK	36%
	PT	35%
	MT	34%
	EE	33%
	LT	33%
	DK	31%
	FI	31%
	PL	30%
	DE	30%
	LV	29%
	AT	28%
	LU	25%
	IE	20%
	BG	20%
	MK	44%
	HR	42%
	TR	41%

Frage: QE1.2. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Arten von Diskriminierung, ob sie in (UNSER LAND) Ihrer Meinung nach sehr verbreitet, ziemlich verbreitet, ziemlich selten oder sehr selten ist.
Wie ist das mit Diskriminierung aufgrund von ...

Option: Geschlecht

Antworten: Sehr verbreitet + Ziemlich verbreitet



Selbst wenn die Befragten beider Geschlechtergruppen mit höherer Wahrscheinlichkeit der Ansicht sind, dass die geschlechtsspezifische Diskriminierung eher selten als verbreitet sei, macht die Umfrage einen erheblichen Unterschied zwischen den beiden Geschlechtern deutlich: 44% der Frauen in Europa glauben, sie sei verbreitet, im Vergleich zu 37% der europäischen Männer.

QE1.2 DISKRIMINIERUNG AUFGRUND DES GESCHLECHTS	Insgesamt %	GESCHLECHT	
		MÄNNLICH	WEIBLICH
Verbreitet	40%	37%	44%
Selten	53%	56%	49%

1.7 Religion oder Weltanschauung

Diskriminierung aufgrund der Religion oder Weltanschauung wird als am wenigsten verbreitete Form von Diskriminierung in der EU betrachtet: 39% der Bürger sagen, dass sie verbreitet sei und mehr als die Hälfte (53%) sind der Ansicht, sie sei selten. Vier Prozent meinen, sie existiere nicht im eigenen Land und ein gleich hoher Anteil kann die Frage nicht beantworten.

Auch in diesem Punkt fallen die Antworten eher gemäßigt als extrem aus. 30% bzw. 37% meinen, dass Diskriminierung aufgrund dieses Merkmals ziemlich verbreitet bzw. ziemlich selten sei. Im Vergleich hierzu geben nur 9% an, dass sie sehr verbreitet und 16%, dass sie ziemlich selten sei.

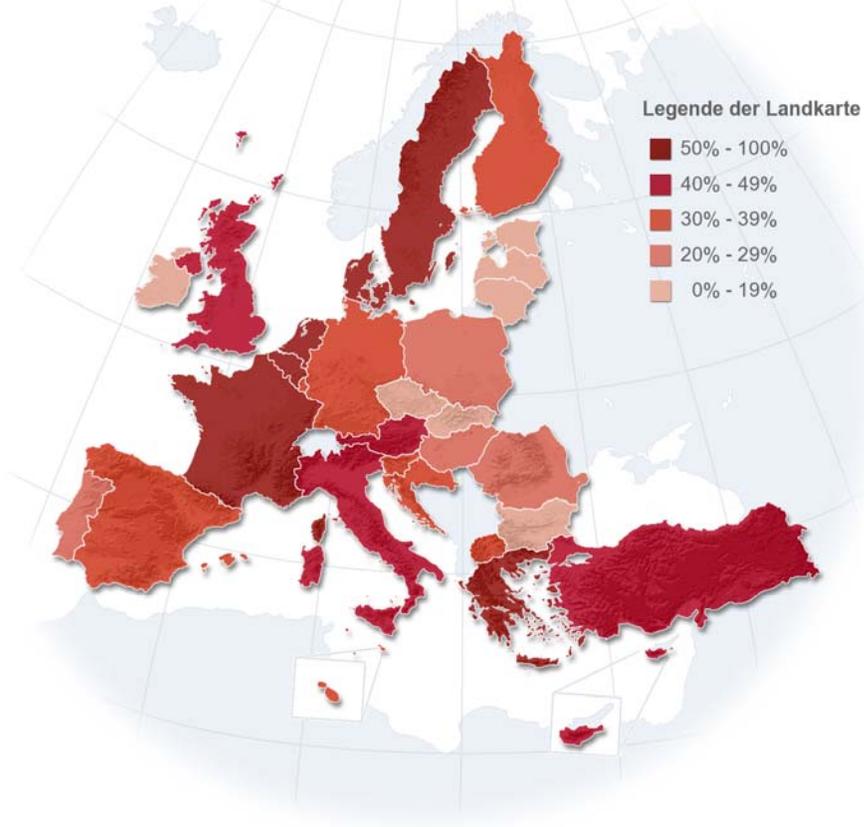
Diskriminierung aufgrund der Religion oder Weltanschauung wird in den Niederlanden (59%) und Frankreich (58%) als verbreitet angesehen. Auf diese Länder folgen Dänemark (55%), Belgien (54%), Schweden (53%) und Griechenland (51%). Hierzu ist anzumerken, dass es sich um Länder handelt, in denen Immigrationsfragen häufig Thema der öffentlichen Diskussion sind. Am anderen Ende der Skala meinen nur 12% der Tschechen und Slowaken, 13% der Letten und 14% der Litauer, dass Diskriminierung aus diesem Grunde im eigenen Land verbreitet sei. Es kann festgestellt werden, dass es sich hierbei ausschließlich um Länder handelt, in denen in Hinblick auf Religion und Weltanschauung wenig Vielfalt herrscht.

 NL	59%
 FR	58%
 DK	55%
 BE	54%
 SE	53%
 EL	51%
 AT	47%
 IT	45%
 UK	45%
 CY	40%
 SI	39%
 EU27	39%
 MT	35%
 FI	34%
 ES	32%
 DE	32%
 LU	30%
 RO	27%
 PT	27%
 PL	24%
 HU	23%
 IE	19%
 BG	19%
 EE	18%
 LT	14%
 LV	13%
 CZ	12%
 SK	12%
 TR	42%
 MK	39%
 HR	34%

Frage: QE1.5. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Arten von Diskriminierung, ob sie in (UNSER LAND) Ihrer Meinung nach sehr verbreitet, ziemlich verbreitet, ziemlich selten oder sehr selten ist.
Wie ist das mit Diskriminierung aufgrund von ...

Option: Religion oder Glaubensbekenntnis

Antworten: Sehr verbreitet + Ziemlich verbreitet



Auf der Karte wird auch erkennbar, dass in sämtlichen neuen Mitgliedsländern, mit Ausnahme von Zypern und Slowenien, Werte unterhalb des EU-Durchschnitts festgestellt werden, die darüber hinaus am unteren Ende der Skala liegen. Bei den drei Kandidaten für den Beitritt zur EU liegen die Ergebnisse wieder näher am EU-Durchschnitt.

Wie dies auch für Bürger mit einer Behinderung gilt, **vertreten jene Europäer, die sich selbst einer religiösen Minderheit zuordnen, häufiger die Meinung, dass Diskriminierung aufgrund von Religion oder Weltanschauung verbreitet sei.**

QE1.5 DISKRIMINIERUNG AUFGRUND DER RELIGION ODER WELTANSCHAUUNG	Insgesamt %	QE16.5 FREUNDE MIT EINER ANDEREN RELIGION ODER WELTANSCHAUUNG		QE17. ORDNET SICH SELBST EINER MINDERHEIT ZU
		Ja	Nein	Religiös*
Verbreitet	39%	41%	36%	51%
Selten	53%	53%	53%	45%

*Hinweis: Die Ergebnisse für die Befragten, die sich als Mitglied einer religiösen Minderheit betrachten, können aufgrund der kleinen Basis (n=1092) nur als Anhaltspunkt gewertet werden. Dies bedeutet, dass sich nur 4% der Bürger selbst einer religiösen Minderheit zuordnen.

Erneut wird erkennbar, dass Bürger mit LGBT-Freunden eher dazu neigen, Diskriminierung aufgrund der Religion oder Weltanschauung als verbreitet (47%) wahrzunehmen. Dies im Gegensatz zu jenen Befragten, die Freunde aus der Gruppe haben, die nach Ansicht der Befragten aufgrund dieses Merkmals diskriminiert werden.

Diese Beobachtung deutet darauf hin, dass insbesondere Bürger, die Freunde oder Bekanntschaften mit anderer sexueller Ausrichtung im sozialen Umfeld haben, im Allgemeinen für Diskriminierung stärker sensibilisiert sind.

DISKRIMINIERUNG IST VERBREITET AUFGRUND VON ...	EU27 INSGESAMT	LGBT-FREUNDE	FREUNDE MIT ANDERER ETHNISCHER HERKUNFT	ROMA-FREUNDE	FREUNDE MIT BEHINDERUNG	FREUNDE MIT ANDERER RELIGION
...Ethnische Herkunft	61%	71%	67%	64%	65%	65%
...Geschlecht	40%	46%	42%	44%	42%	42%
...Sexuelle Ausrichtung	47%	53%	50%	51%	49%	48%
...Alter	58%	61%	59%	62%	60%	59%
...Religion	39%	47%	42%	40%	41%	41%
...Behinderung	53%	60%	56%	58%	56%	56%

2. BEKÄMPFUNG VON DISKRIMINIERUNG

Bei den Gesamtergebnissen auf EU-Ebene lässt sich feststellen, dass **die Meinungen in Abhängigkeit davon differieren, ob in den jeweiligen Heimatländern der Bürger genügend Anstrengungen zur Bekämpfung aller Arten von Diskriminierung ergriffen werden**: Während eine knappe Mehrheit von 49% davon ausgeht, dass dies der Fall sei, äußern 44% der Befragten eine gegenteilige Meinung. Die Tatsache, dass nur sieben Prozent der Befragten mit 'Weiß nicht' antworten, scheint für einen hohen Grad der Sensibilisierung für Diskriminierung zu sprechen.²⁵

Die in diesem Bereich festgestellten Meinungen sind eher tendenziell als absolut zu werten, da die Anzahl der Antworten mit 'Ja, bis zu einem gewissen Grad' (38%) und mit 'Nein, nicht wirklich' (33%) jene mit 'Ja, sicher' und 'Nein, sicher nicht' (jeweils 11%) übersteigt.

Frage: QE9. Würden Sie im Allgemeinen sagen, dass in Deutschland genügend Anstrengungen unternommen werden, alle Formen der Diskriminierung zu bekämpfen?



Seit der ersten Umfrage im Jahr 2006 konnte nunmehr zum zweiten Mal in Folge eine positive Entwicklung verzeichnet werden. Im Verlauf des vergangenen Jahres **erhöhte sich die Zahl der zustimmenden Antworten um 2 Prozentpunkte**, während **bei den negativen Antworten ein Rückgang um 4 Prozentpunkte beobachtet werden kann**.

²⁵ QE9 Würden Sie im Allgemeinen sagen, dass in (UNSEREM LAND) genügend Anstrengungen unternommen werden, alle Formen der Diskriminierung zu bekämpfen?

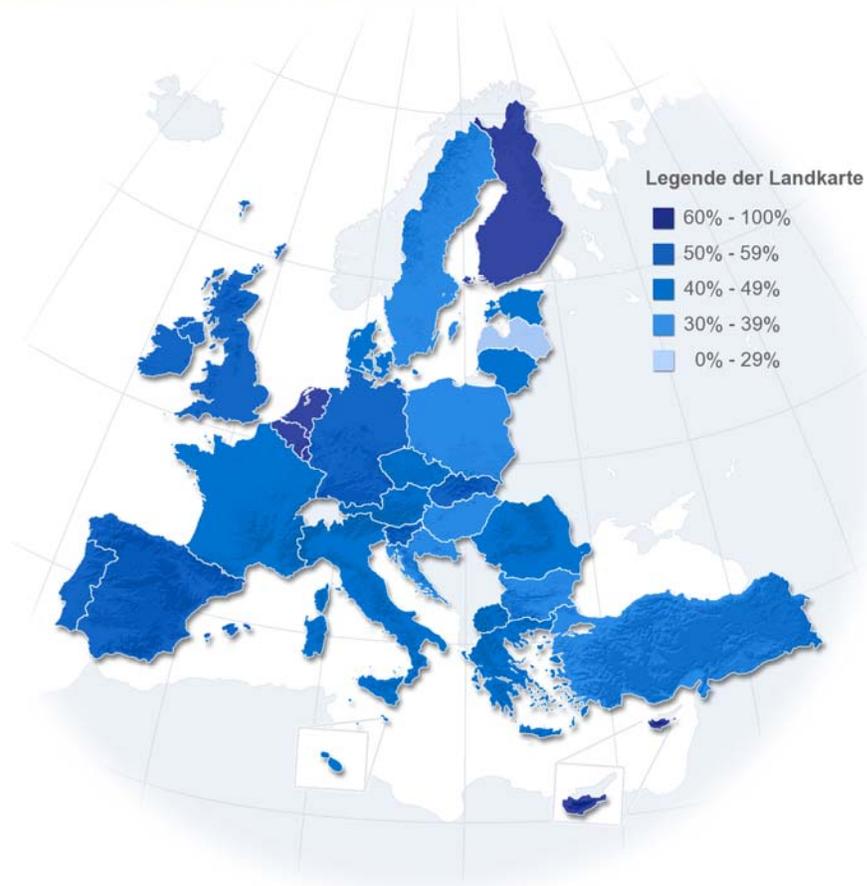
Wie bereits im Jahr 2008 festgestellt, sind in Finnland (68%), Zypern (65%), den Niederlanden (63%) und Luxemburg (62%) die höchsten Anteile derer festzustellen, die meinen, dass genügend Anstrengungen unternommen werden. Am anderen Ende der Skala finden sich die Letten, von denen nur 28% derselben Meinung sind, und die Schweden, von denen 31% zustimmend antworten.

In einigen Ländern gibt es keinen Zusammenhang zwischen der Beurteilung der zur Bekämpfung der Diskriminierung ergriffenen Anstrengungen und der Wahrnehmung, dass diese verbreitet sei, in anderen Ländern ist dies wiederum sehr wohl der Fall. Schweden und Lettland beispielsweise sind Länder, in denen ein geringer Anteil der Bürger der Ansicht ist, dass die gegenwärtigen Anstrengungen ausreichend seien. In Lettland hingegen wird Diskriminierung von den Befragten als sehr selten wahrgenommen, während sie von den Schweden als viel verbreiteter angesehen wird.

 FI	68%
 CY	65%
 NL	63%
 LU	62%
 BE	60%
 DE	58%
 UK	56%
 ES	55%
 PT	53%
 SI	53%
 SK	53%
 IE	50%
 AT	49%
 EU27	49%
 CZ	44%
 LT	43%
 MT	43%
 IT	43%
 DK	43%
 FR	43%
 RO	43%
 EE	42%
 EL	40%
 PL	36%
 HU	36%
 BG	34%
 SE	31%
 LV	28%
 MK	49%
 TR	35%
 HR	34%

Frage: QE9. Würden Sie im Allgemeinen sagen, dass in (UNSER LAND) genügend Anstrengungen unternommen werden, alle Formen der Diskriminierung zu bekämpfen?

Antworten: Ja, sicher + Ja, bis zu einem gewissen Grad



Die Umfrage macht deutlich, dass **Bürger, die sich in Hinblick auf ihre sexuelle Ausrichtung als Mitglied einer Minderheit verstehen (58%), mit besonders hoher Wahrscheinlichkeit der Meinung sind, dass im eigenen Land nur in unzureichendem Maße Anstrengungen zur Bekämpfung aller Formen der Diskriminierung ergriffen werden. Diese Einschätzung wird zahlenmäßig noch von jenen Bürgern übertroffen, die sich selbst zu einer Minderheit zählen, die vom Interviewer gar nicht genannt wurde (62%).** Im Gegensatz dazu ist die Hälfte der Bürger, die sich einer ethnischen Minderheit zuordnen, der Meinung, dass die im eigenen Land ergriffenen Maßnahmen ausreichend seien. Diese Gruppe unterscheidet sich nicht von den Bürgern, die keiner Minderheit angehören.

QE9: Würden Sie im Allgemeinen sagen, dass in (UNSEREM LAND) genügend Anstrengungen unternommen werden, alle Formen der Diskriminierung zu bekämpfen?	Insgesamt %	QE17. BÜRGER, DIE SICH SELBST ... ZUORDNEN ZU*					
		einer ethnischen Minderheit	einer religiösen Minderheit	Minderheit im Hinblick auf die sexuelle Ausrichtung	einer Minderheit im Hinblick auf eine Behinderung	einer sonstigen Minderheit	keiner Minderheit
Ja	49%	50%	45%	40%	44%	30%	50%
Nein	44%	45%	50%	58%	53%	62%	44%

*Hinweis: In dieser Tabelle sollten die Angaben für Personen, die nach eigener Aussage in Hinblick auf ihre sexuellen Ausrichtung einer Minderheit angehören, wegen der sehr kleinen Basis (n=255) nur mit äußerster Vorsicht betrachtet werden.

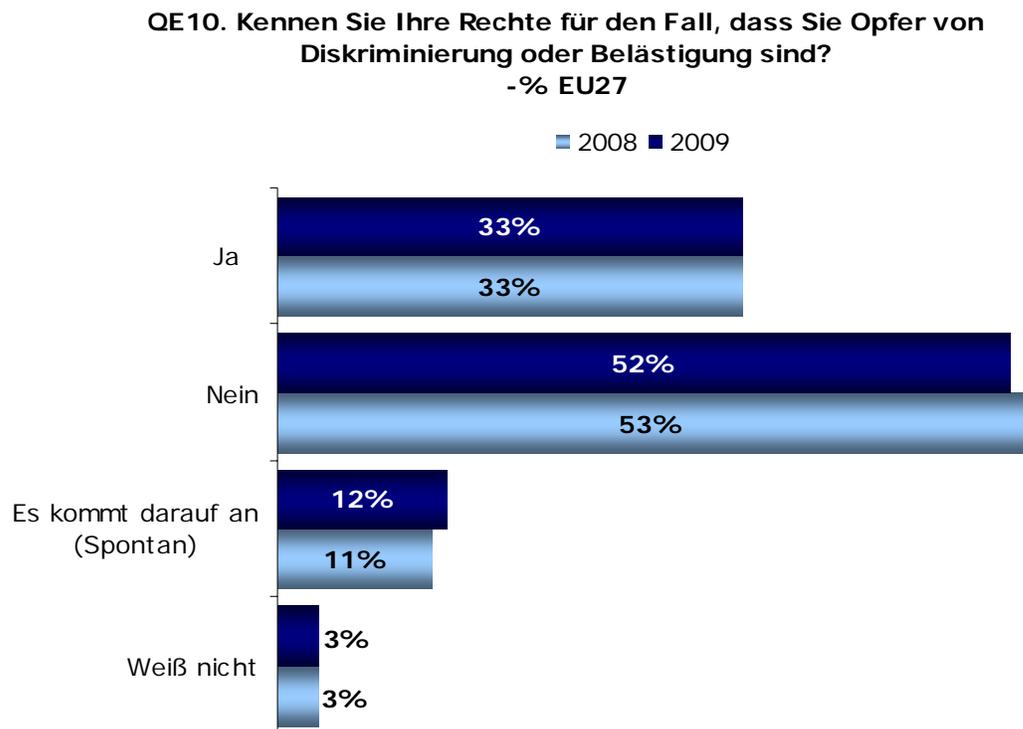
Hierzu muss beachtet werden, dass die Beurteilung der auf nationaler Ebene ergriffenen Anstrengungen in einem sehr starken Zusammenhang zur wahrgenommenen Durchdringung der Gesellschaft von Formen der Diskriminierung steht. **Bürger, in deren Wahrnehmung die Diskriminierung weit verbreitet ist, sind eher der Ansicht, dass die ergriffenen Anstrengungen nicht ausreichen.**

QE9: Würden Sie im Allgemeinen sagen, dass in (UNSEREM LAND) genügend Anstrengungen unternommen werden, alle Formen der Diskriminierung zu bekämpfen?	Insgesamt %	QE1. BÜRGER, IN DEREN WAHRNEHMUNG DIE DISKRIMINIERUNG IN (UNSEREM LAND) AUFGRUND VON . VERBREITET IST					
		Ethnischer Herkunft	Geschlecht	Sexueller Ausrichtung	Alter	Religion oder Weltanschauung	Behinderung
Ja	49%	44%	41%	41%	45%	42%	41%
Nein	44%	52%	55%	55%	50%	54%	54%

3. KENNTNIS DER GESETZESLAGE

3.1. Kenntnis der Gesetzeslage

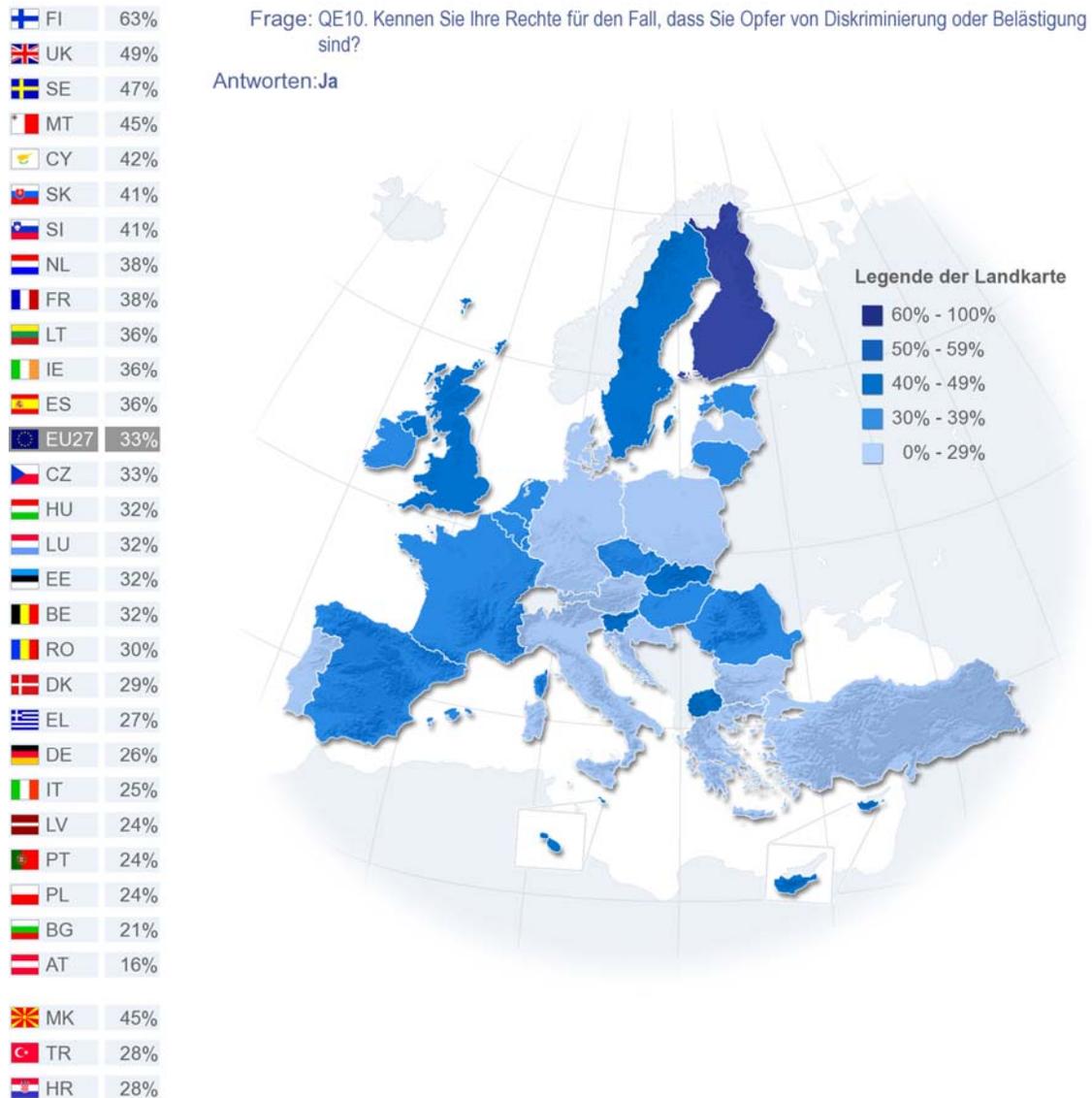
Wie bereits im Jahr 2008 gibt nur ein Drittel aller Bürger der EU an, dass sie ihre Rechte für den Fall von Diskriminierung oder Belästigung kennen (33%). Mehr als die Hälfte (52%) gibt an, diese nicht zu kennen und der restliche Teil antwortet mit 'Es kommt darauf an' (12%). Wie aus der folgenden Darstellung ersichtlich, haben sich die Angaben in dieser Hinsicht seit 2008 nicht sonderlich geändert.²⁶



Obwohl die Ergebnisse in den meisten Ländern nahe am Gesamtdurchschnitt der EU liegen, gibt es dennoch einige Länder, in denen der Anteil der Bürger, die ihre Rechte kennen, größer ist, als der Anteil jener, die diese Frage verneinen: Dies ist der Fall in Finnland (63% erklären, sie zu kennen gegenüber 27%, bei denen dies nicht der Fall ist), im Vereinigten Königreich (49% gegenüber 44%), in Schweden (47% gegenüber 43%), auf Malta (45% gegenüber 41%) und in Slowenien (41% gegenüber 38%). In der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ist das Verhältnis beinahe ausgeglichen (45% gegenüber 44%).

²⁶ QE10 Kennen Sie Ihre Rechte für den Fall, dass Sie Opfer von Diskriminierung oder Belästigung sind?

Der auf nationaler Ebene geringste Anteil Befragter, die ihre Rechte kennen, findet sich in Österreich (16%). In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass der Anteil Österreicher, die angeben, im vergangenen Jahr Opfer von Diskriminierung geworden zu sein (22%), über dem EU-Durchschnitt von 16% liegt.



Seit der vorherigen Umfrage hat sich der Anteil von Bürgern, die ihre Rechte kennen, im Vereinigten Königreich (+8 Punkte), in Frankreich (+7), Irland und Schweden (beide +6) am meisten erhöht. In Polen (-12) und Portugal (-11) ist wiederum der deutlichste Rückgang beim Kenntnisstand innerhalb der Bevölkerung zu verzeichnen. Eine rückläufige Entwicklung ist auch in Griechenland (-8), Ungarn, der Tschechischen Republik (beide -7), Italien (-6) und der Slowakei (-5) zu beobachten.

Die Umfrage zeigt, dass Bürger, die einer Minderheit angehören, im Vergleich zu den anderen Befragten nur geringfügig häufiger angeben, ihre Rechte zu kennen. Die einzige Gruppe, auf die diese Feststellung nicht zutrifft, sind jene Befragten, die einer Minderheit angehören, die nicht vom Interviewer genannt wurde: vier von zehn dieser Befragten erklären, ihre Rechte für den Fall von Diskriminierung oder Belästigung zu kennen. Demgegenüber äußert sich nur ein Drittel der europäischen Bürger auf dieselbe Art und Weise.²⁷

QE10 Kennen Sie Ihre Rechte für den Fall, dass Sie Opfer von Diskriminierung oder Belästigung sind?	Insgesamt %	QE17. BÜRGER, DIE SICH SELBST ... ZUORDNEN					
		einer ethnischen Minderheit	einer religiösen Minderheit	einer Minderheit im Hinblick auf die sexuelle Ausrichtung	einer Minderheit im Hinblick auf eine Behinderung	einer sonstigen Minderheit	keiner Minderheit
Ja	33%	37%	34%	35%	37%	40%	33%
Nein	52%	47%	49%	43%	51%	45%	53%

Weiterhin lässt die Umfrage erkennen, dass Opfer von Diskriminierung im Vergleich zu Bürgern, die selbst noch keine Diskriminierung erfahren haben, nur geringfügig häufiger angeben, ihre Rechte zu kennen (im Durchschnitt geben 33% der Befragten an, ihre Rechte zu kennen; dies trifft auf 35% der Befragten zu, die aus nur einem bestimmten Grunde diskriminiert wurden und 37% der Befragten, die Diskriminierung aus mehrfachem Grund erlebten). Daraus könnte man ableiten, dass das Wissen um die eigenen Rechte unter denjenigen, die bereits Diskriminierung erfahren haben oder wahrscheinlich in der Zukunft erfahren werden, dringend gefördert werden müsste.

QE10 Kennen Sie Ihre Rechte für den Fall, dass Sie Opfer von Diskriminierung oder Belästigung sind?	Insgesamt % Ja	QE3. NACH ERLEBTER DISKRIMINIERUNG IN DEN VERGANGENEN 12 MONATEN		
		NEIN	AUFGRUND EINES EINZIGEN MERKMALS	AUFGRUND MEHRERER MERKMALE*
Ja	33%	33%	35%	37%
Nein	52%	53%	48%	45%

*Sämtliche Bürger, die im Verlauf der vergangenen 12 Monate Diskriminierung aufgrund mehrerer Merkmale erlebten. Achtung: kleine Basis.

²⁷ Diese Ergebnisse sollten aufgrund des geringen Anteils der Befragten, die sich selbst als Mitglied einer Minderheit verstehen, nur als Anhaltspunkt gewertet werden.

3.2 Bevorzugte Anlaufstellen im Falle von Belästigung oder Diskriminierung

Eine der neu hinzugefügten Fragen bei dieser Umfragerunde zielte darauf ab festzustellen, welche Anlaufstellen die Bürger als Opfer von Diskriminierung oder Belästigung bevorzugt aufsuchen.²⁸

Die gesamte Analyse aller von den Europäern genannten Anlaufstellen zeigt, dass die Polizei mit 55% am häufigsten genannt wird. Am zweithäufigsten wird mit 51% ein Anwalt genannt.

QE15T An wen würden Sie sich im Falle einer Diskriminierung oder Belästigung wenden? Total erwähnt - %EU



Bei der Untersuchung der nationalen Ergebnisse macht sich eine extreme Vielfalt im Hinblick auf die bevorzugten Anlaufstellen bemerkbar. Der Anteil der Europäer, die eine Diskriminierung bei der Polizei anzeigen würden, schwankt von 43% in Irland bis hin zu 71% in Luxemburg und der Slowakei. Beim 'Anwalt' als Anlaufstelle schwankt der Anteil von 27% in Estland bis hin zu 71% in Griechenland. In fast allen Ländern gibt es eine deutliche Präferenz für die Polizei als Anlaufstelle im Falle von Diskriminierung. Von dieser Feststellung ausgenommen sind wiederum Griechenland, Deutschland, Zypern und Österreich, wo sich die Bürger bevorzugt an einen Anwalt wenden würden. In Slowenien werden diese beiden Anlaufstellen von gleich vielen Bürgern gewählt.

Wenn es um die Nennung der **nationalen Behörden geht, die sich um Fragen der Gleichstellung kümmern**, zeigt sich auf Länderebene eine noch extremere Verteilung der Antworten. Der Anteil der Bürger, die ihren Fall als Opfer von Diskriminierung einer solchen Organisation vortragen würden, reicht von 18% in Spanien bis hin zu 74% in Schweden.

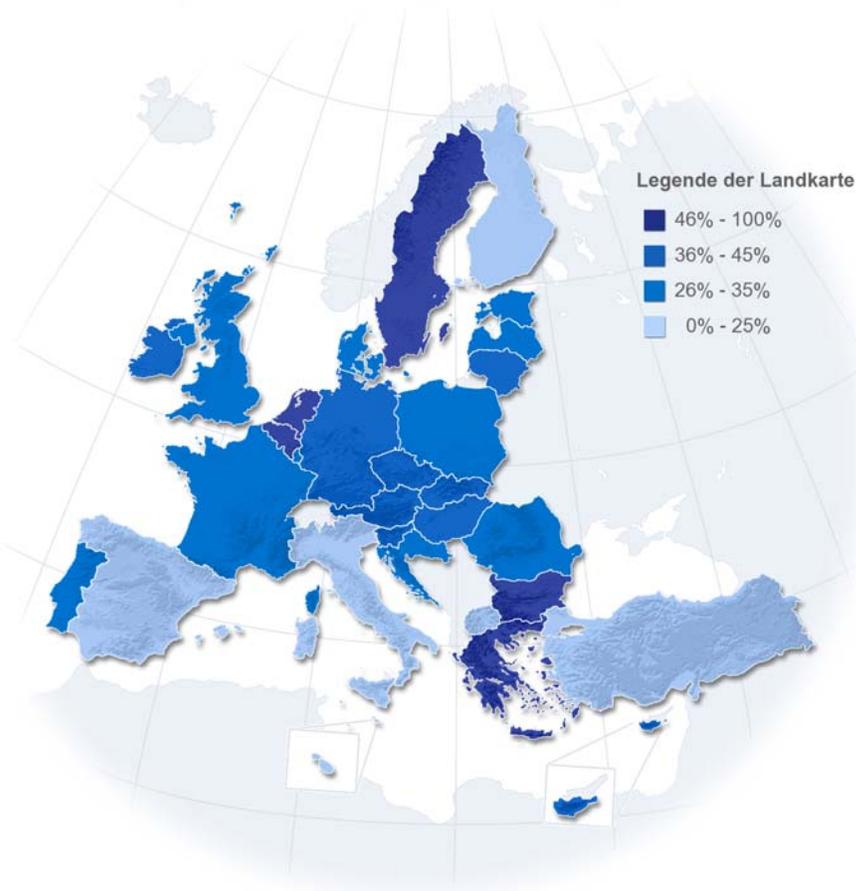
²⁸ QE15 An wen würden Sie sich im Falle einer Diskriminierung oder Belästigung wenden? Als erstes? Und als zweites? Und als drittes?

Das Verhältnis und die Einstellung der Bürger gegenüber offiziellen Institutionen sowie auch der Umfang, in dem diese spezifischen Behörden von den Mitgliedsländern eingerichtet und operationalisiert wurden, wird durch derart deutliche Unterschiede in den Präferenzen widerspiegelt.

 SE	74%
 NL	53%
 BE	51%
 EL	50%
 BG	47%
 LT	45%
 DE	44%
 SK	42%
 CY	42%
 IE	40%
 SI	39%
 CZ	38%
 HU	37%
 AT	36%
 EU27	35%
 RO	34%
 FR	33%
 LV	33%
 UK	32%
 EE	32%
 PT	31%
 DK	29%
 PL	29%
 LU	26%
 FI	25%
 IT	25%
 MT	21%
 ES	18%
 HR	33%
 TR	24%
 MK	24%

Frage: QE15T. An wen würden Sie sich im Falle einer Diskriminierung oder Belästigung wenden? Als erstes? Und als zweites? Und als drittes?

Antworten: An eine Organisation, die sich um Fragen der Gleichstellung kümmert



Der Anteil der **Gewerkschaften** bei den Nennungen als bevorzugte Anlaufstelle schwankt stark im Abhängigkeit des jeweiligen Landes und reicht von 11% in der Türkei bis hin zu 65% in Dänemark. Auch in den nordeuropäischen Ländern sind die Gewerkschaften eine allgemein bevorzugte Anlaufstelle im Falle von Diskriminierung.

In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass die Ergebnisse in einigen Ländern für einen Mangel an Sensibilisierung sprechen, da hier größere Teil der Bevölkerung mit "Weiß nicht" antworten. Dies ist am häufigsten der Fall in Portugal (28%), gefolgt von Polen (21%) und Estland (20%).

4. ANSICHTEN ZUR CHANCENGLEICHHEIT IN DER ARBEITSWELT

4.1 Befürwortung von Maßnahmen zur Sicherstellung der Chancengleichheit in der Arbeitswelt

Es gibt eine starke Unterstützung für die Umsetzung spezifischer Maßnahmen zur Gewährleistung von Chancengleichheit im Arbeitsumfeld.²⁹ Die Unterstützung hierfür reicht von 63% für spezifische Maßnahmen im Zusammenhang mit der sexuellen Ausrichtung bis hin zu 81% in Zusammenhang mit Behinderungen.

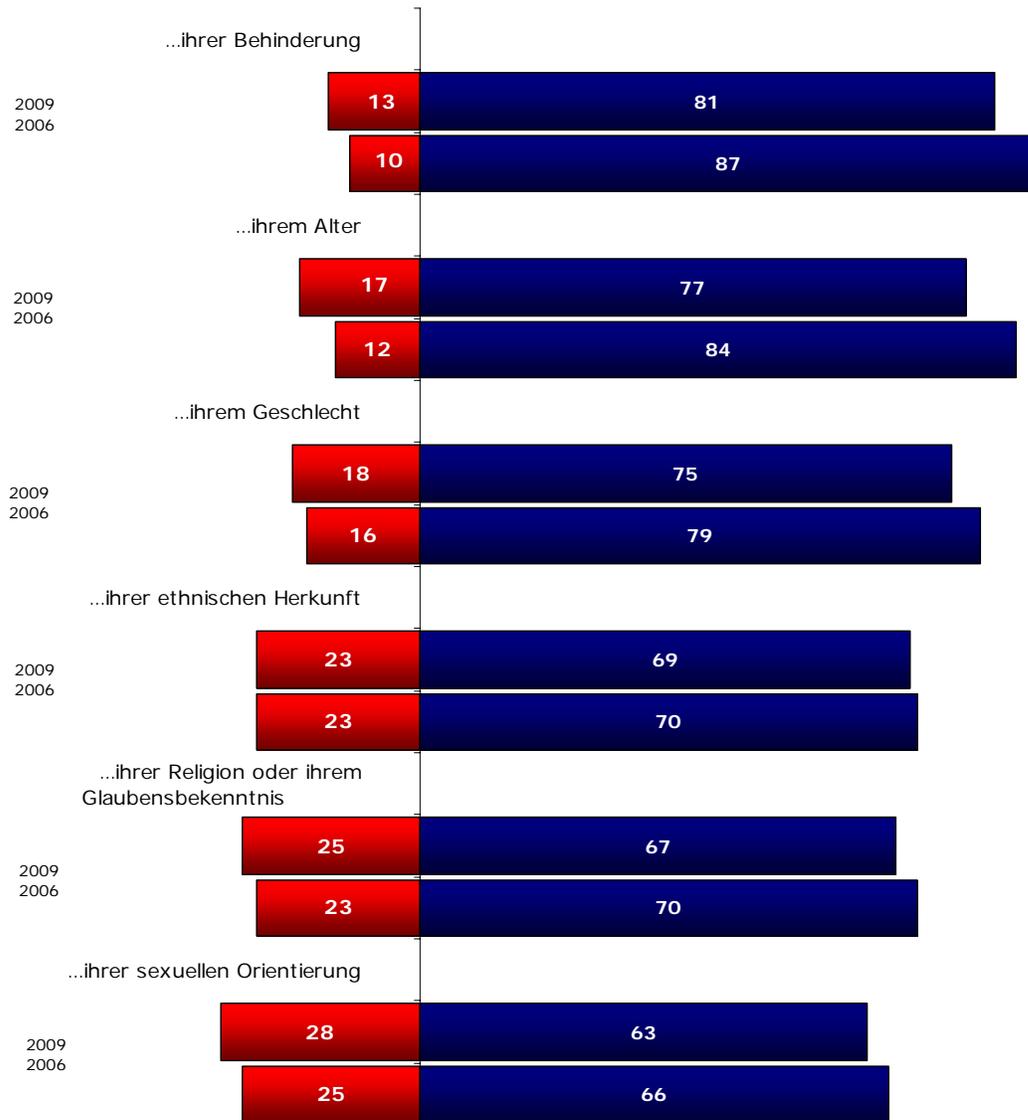
Zwischen den verschiedenen Umfragen kann **ein leichter Rückgang der Unterstützung für besondere Maßnahmen festgestellt werden, dies allerdings unter Ausnahme der ethnischen Herkunft: In diesem Punkt haben sich die Meinungen nicht geändert.** So ist auch die Rangfolge der Merkmale, für die spezielle Maßnahmen ergriffen werden sollen, bei allen drei Umfragen gleich geblieben.³⁰

²⁹ QE7: Wären Sie für oder gegen die Umsetzung spezieller Maßnahmen, um Chancengleichheit für jedermann im Bereich Beschäftigung herzustellen? Wie ist das mit speziellen Maßnahmen für Menschen in Abhängigkeit von ...?

³⁰ Diese Frage wurde auch 2006 und 2008 gestellt. Im Jahr 2008 wurde ihr Wortlaut jedoch leicht verändert, um so konkrete Beispiele für die Arten der 'Maßnahmen' anzuführen, die umgesetzt werden könnten (spezielle Ausbildungsprogramme oder angepasste Auswahl- und Einstellungsverfahren). Dieser Wortlaut findet sich nicht in den Umfragen der Jahre 2006 und 2009. Daher sollte allein die Entwicklung zwischen 2006 und 2009 betrachtet werden.

**QE7. Maßnahmen, die umgesetzt werden, um Chancengleichheit für
jedermann im Bereich Beschäftigung herzustellen**
Dagegen or dafür Maßnahmen im Bereich...
-%EU

■ Dagegen ■ Dafür



Die Analyse zeigt, dass **Menschen mit Behinderung die Umsetzung spezifischer Maßnahmen zur Herstellung von Chancengleichheit für jedermann im Bereich Beschäftigung in besonderem Maße befürworten**. Menschen mit Behinderung sprechen sich dabei nicht nur für Maßnahmen aus, von denen sie selbst betroffen sind, sondern auch für Maßnahmen im Hinblick auf andere Minderheiten. Geht es zum Beispiel um Maßnahmen in Bezug auf Religion oder Weltanschauung, drücken 72% der Befragten mit Behinderung ihre Zustimmung aus.

Im Vergleich stimmen diesen Maßnahmen nur 66% der Befragten zu, für die sie ursächlich gedacht wären, nämlich von jenen, die einer religiösen Minderheit angehören.

QE7 Ist für die Umsetzung spezieller Maßnahmen, um Chancengleichheit für jedermann im Bereich Beschäftigung im Hinblick auf ... herzustellen?	Insgesamt	QE17. BÜRGER, DIE SICH SELBST ... ZUORDNEN*					
		einer ethnischen Minderheit	einer religiösen Minderheit	einer Minderheit im Hinblick auf die sexuelle Ausrichtung	einer Minderheit im Hinblick auf eine Behinderung	Einer sonstigen Minderheit	keiner Minderheit
Behinderung	81%	77%	73%	70%	82%	73%	81%
Ethnische Herkunft	69%	71%	68%	64%	73%	56%	70%
Religion oder Weltanschauung	67%	66%	66%	61%	72%	53%	68%
Sexuelle Ausrichtung	63%	59%	59%	59%	66%	48%	64%

*Hinweis: In dieser Tabelle sollten die Angaben für Personen, die nach eigener Aussage in Hinblick auf ihre sexuellen Ausrichtung einer Minderheit angehören, wegen der sehr kleinen Basis (n=255) nur mit äußerster Vorsicht betrachtet werden.

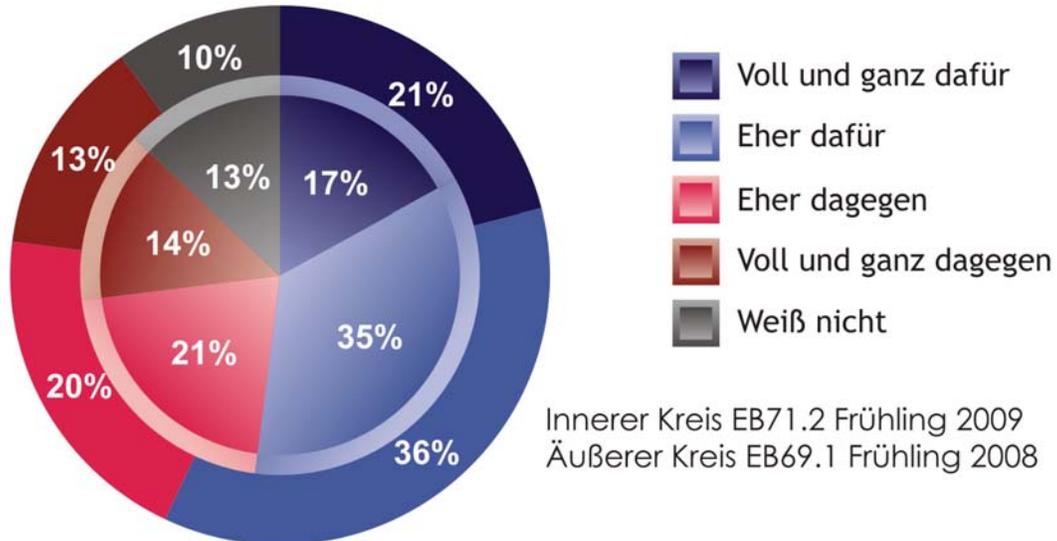
4.2 Befürwortung kontrollierender Maßnahmen

Wie schon im Jahr 2008 wurde den Bürgern eine weitere Frage³¹ über Maßnahmen zur Herstellung von Chancengleichheit am Arbeitsplatz gestellt, die sich noch konkreter auf die ethnische Herkunft bezog. **Die Europäer sind beiden Vorschlägen gegenüber weiterhin positiv eingestellt**, obwohl hier zu beachten ist, dass die öffentliche Meinung im Vergleich zu 2008 weniger positiv ausfällt. Die Unterstützung für die Kontrolle der Einstellungsverfahren (67%, -4) ist weiterhin größer als jene für die Kontrolle der Zusammensetzung der Belegschaft (52%; -5). Entgegen dem seit 2008 verzeichneten Rückgang, zeugen diese Ergebnisse weiterhin deutlich von der starken Unterstützung aktiver Maßnahmen zur Herstellung und Kontrolle der Chancengleichheit im Bereich Beschäftigung.

³¹ QE8. Inwieweit sind Sie für oder gegen folgende Maßnahmen am Arbeitsplatz?

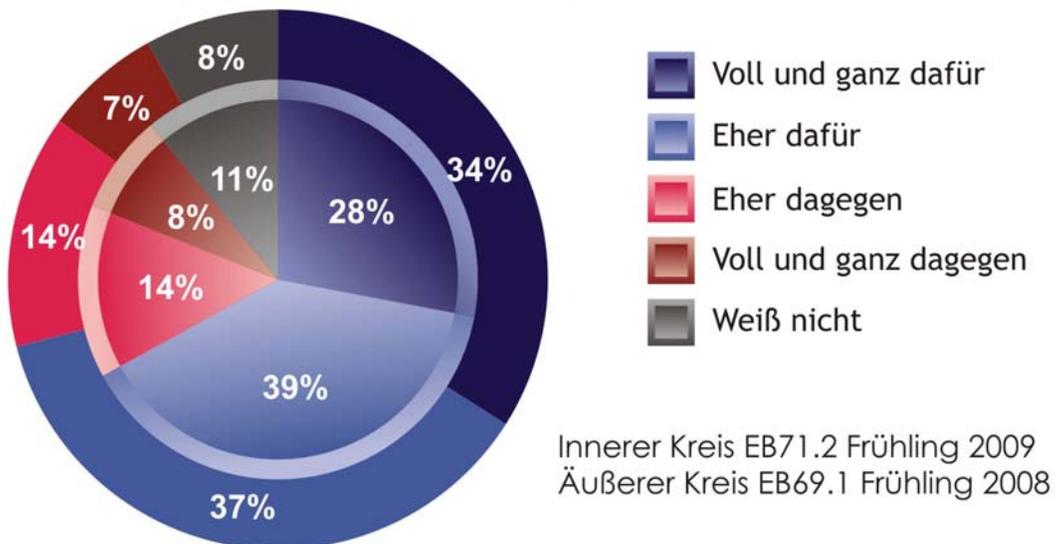
Frage: QE8.1. Inwieweit sind Sie für oder gegen folgende Maßnahmen am Arbeitsplatz?

Option: Die Zusammensetzung der Belegschaft zu kontrollieren, um zu beurteilen, inwieweit Personen aus ethnischen Minderheiten vertreten sind.



Frage: QE8.2. Inwieweit sind Sie für oder gegen folgende Maßnahmen am Arbeitsplatz?

Option: Die Einstellungsverfahren zu überwachen, um sicherzustellen, dass Bewerber aus ethnischen Minderheiten die selben Chancen haben, zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen oder eingestellt zu werden wie andere Bewerber, die über ähnliche Fähigkeiten und Qualifikationen verfügen.



Hinsichtlich dieser zwei Maßnahmen weisen die Ergebnisse deutliche Unterschiede auf. Darüber hinaus muss angemerkt werden, dass zwischen der Unterstützung für die Maßnahmen und dem Ausmaß, in dem Diskriminierung aufgrund ethnischer Herkunft nach Einschätzung der Befragten vorkommt, kein Zusammenhang besteht. In Schweden – hier sind 78% der Bürger der Ansicht, Diskriminierung sei verbreitet – ist zum Beispiel festzustellen, dass es eine breite Unterstützung für die Kontrolle von Einstellungsverfahren (79%) gibt, eine Mehrheit aber gleichzeitig die Kontrolle der Zusammensetzung der Belegschaft (57%) ablehnt.

Allgemein ist die Unterstützung für diese kontrollierenden Maßnahmen stark abhängig vom soziodemografischen Hintergrund der Befragten, ihrem sozialen Umfeld und den eigenen Erfahrungen mit Diskriminierung.

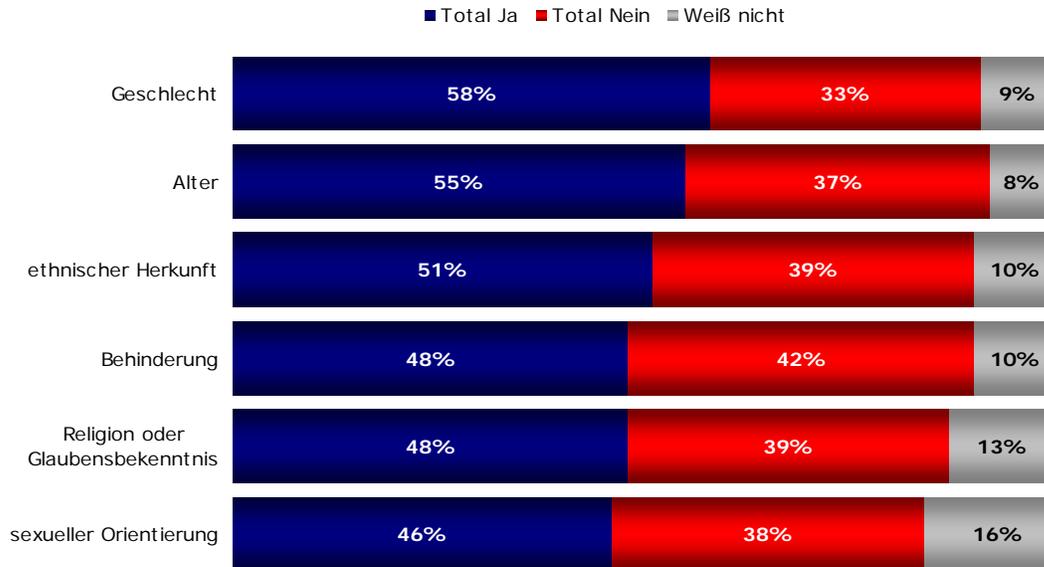
4.3 Wahrnehmung, ob der Umfang der Maßnahmen für die Erhöhung der Vielfalt am Arbeitsplatz ausreichend ist

Im Rahmen der bei dieser Umfragewelle neu hinzugefügten Fragen, wurden die Bürger auch um eine Einschätzung gebeten, ob ihrer Meinung nach ausreichend unternommen werde, um im Hinblick auf die sechs möglichen Diskriminierungsgründe die Vielfalt am Arbeitsplatz zu erhöhen.³²

Da diese Frage insbesondere auf die Situation am Arbeitsplatz abzielt, gaben mehr als die Hälfte der europäischen Bürger (54%) spontan die Antwort, dass die Frage - und entsprechend auch die verschiedenen abgefragten Diskriminierungsgründe, bei ihnen 'nicht zutreffend' seien. In diesem Prozentwert sind die Antworten der europäischen Bürger enthalten, die nicht berufstätig sind: Arbeitslose, Rentner, Studenten, Hausfrauen und Hausmänner und Befragte, die gegenwärtig aus anderem Grunde nicht beschäftigt sind (Krankheit, Mutterschaftsurlaub etc.) Bei der Analyse fanden die Antworten mit 'nicht zutreffend' keine Berücksichtigung und die Prozentwerte wurden auf Grundlage der verbleibenden Antworten neu ermittelt.

³² QE14: Würden Sie sagen, dass an Ihrem Arbeitsplatz ausreichend für eine größere Vielfalt aufgrund von ... getan wird? Antworten mit 'Ja' zusammengesetzt aus 'Ja, sicher' und 'Ja, bis zu einem gewissen Maß'; Antworten mit 'Nein' zusammengesetzt aus 'Nein, sicher nicht' und 'Nein, nicht wirklich' aus der Skala.

QE14. Würden Sie sagen, dass an Ihrem Arbeitsplatz ausreichend für eine größere Vielfalt aufgrund von ... getan wird? - %EU27



Die Ergebnisse für die berufstätigen Befragten zeigen, dass eine absolute Mehrheit der Meinung ist, dass im Hinblick auf sämtliche Diskriminierungsgründe genügend unternommen werde, um die Vielfalt am Arbeitsplatz zu erhöhen, wobei der Anteil aller Antworten mit 'Ja' bei 'Geschlecht', 'Alter' und 'ethnischer Herkunft' über 50% liegt. Der niedrigste Wert lässt sich hier bei der 'sexuellen Ausrichtung' mit 46% beobachten; auf diesen Diskriminierungsgrund entfällt auch der höchste Anteil aller Antworten mit 'Weiß nicht'.

5. DIE AUSWIRKUNG DER WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE

5.1 Die wahrgenommene Auswirkung der Wirtschaftskrise auf Bedeutung und Finanzierung politischer Maßnahmen zur Förderung von Gleichstellung und Vielfalt

Im Rahmen der neu zur aktuellen Umfragewelle hinzugefügten Fragen wurden die Europäer um eine Einschätzung gebeten, inwieweit die Krise die Bedeutung von politischen Maßnahmen zur Förderung von Gleichstellung und Vielfalt beeinflusst und ob aufgrund der Krise nun weniger Fördermittel für diese politischen Maßnahmen bereitgestellt würden.

Wie bei allen Fragen des Eurobarometers, die sich mit der Krise befassen, ist auch in diesem Zusammenhang erkennbar, dass die Stimmung im Frühjahr 2009 düster ist und sich die Europäer zu diesem Zeitpunkt wenige Illusionen über die Auswirkungen der Krise in allen Bereichen der Politik machen. Politik im Bereich Gleichstellung und Vielfalt stellt da keine Ausnahme dar.

Bei der Frage, ob sie der Meinung sind, "dass politische Maßnahmen für die Förderung von Gleichstellung und Vielfalt in Deutschland aufgrund der Wirtschaftskrise als weniger wichtig angesehen und entsprechend geringere Fördermittel hierfür eingesetzt werden", antworten 49% der Europäer, dass dies sicher (11%) oder bis zu einem gewissen Grad (38%) eine Auswirkung hätte. Knapp über ein Drittel meint, die Krise würde keine Auswirkung haben (26% 'nicht wirklich' und 8% 'nein, sicher nicht'). Dabei konnte diese Frage allerdings von nahezu jedem sechsten Befragten (17%) nicht beantwortet werden.³³

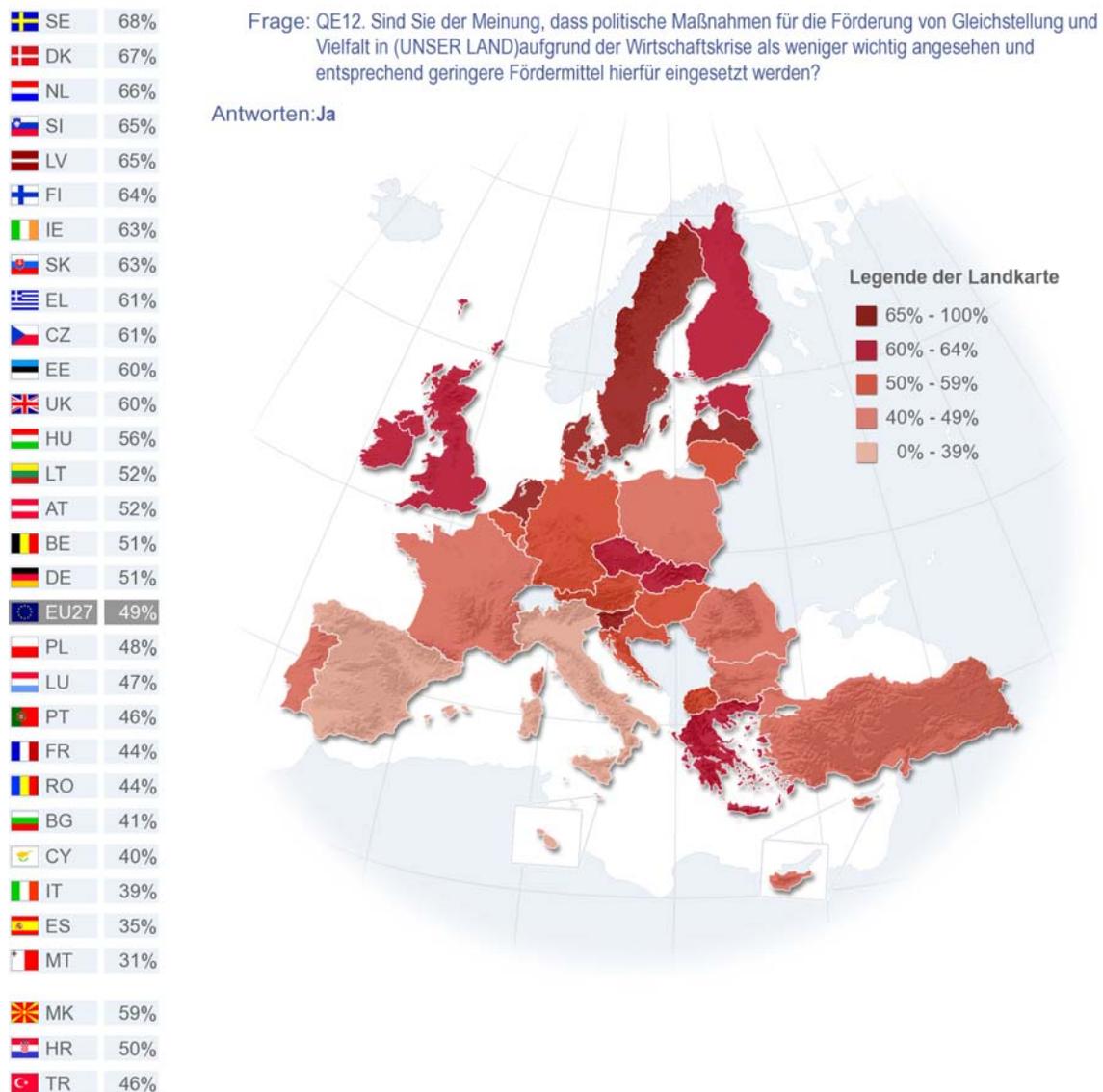
Frage: QE12. Sind Sie der Meinung, dass politische Maßnahmen für die Förderung von Gleichstellung und Vielfalt in (UNSER LAND) aufgrund der Wirtschaftskrise als weniger wichtig angesehen und entsprechend geringere Fördermittel hierfür eingesetzt werden?



Erwartungsgemäß lassen sich auch hier deutliche länderspezifische Unterschiede feststellen. Das Land mit der pessimistischsten Einschätzung ist Schweden: hier sind 68% der Bürger der Ansicht, dass die Krise eine Auswirkung haben werde. Gleich danach folgen Dänemark und die Niederlande, wo 67% bzw. 66% diese Meinung teilen. Mindestens sechs von zehn Bürgern in Slowenien, Lettland, Finnland, Irland, Slowakei, Griechenland, der Republik Tschechien, Estland und dem Vereinigten Königreich sind ebenfalls der Ansicht, dass sich die Krise auf die politischen Maßnahmen für Gleichstellung und Vielfalt im eigenen Land auswirken werden.

Dagegen wird diese Meinung von den Bürgern in Spanien nicht geteilt. Hier gehen 55% davon aus, dass es keine Auswirkungen geben wird (entgegen dem EU-Durchschnitt von 34% für alle Antworten mit 'Nein' auf diese Frage). Der höchste Anteil Antworten mit 'Weiß nicht' ist auf Malta und Bulgarien festzustellen: dort geben 39% bzw. 37% der Befragten an, diese Frage nicht beantworten zu können. Auch in Portugal (32%) und auf Zypern (33%) kann diese Frage von mehr als 30% der Bürger nicht beantwortet werden.

³³ QE12 Sind Sie der Meinung, dass politische Maßnahmen für die Förderung von Gleichstellung und Vielfalt in (UNSEREM LAND) aufgrund der Wirtschaftskrise als weniger wichtig angesehen und entsprechend geringere Fördermittel hierfür eingesetzt werden?



5.2 Die wahrgenommenen Auswirkungen der Krise auf das Ausmaß an Diskriminierung am Arbeitsmarkt

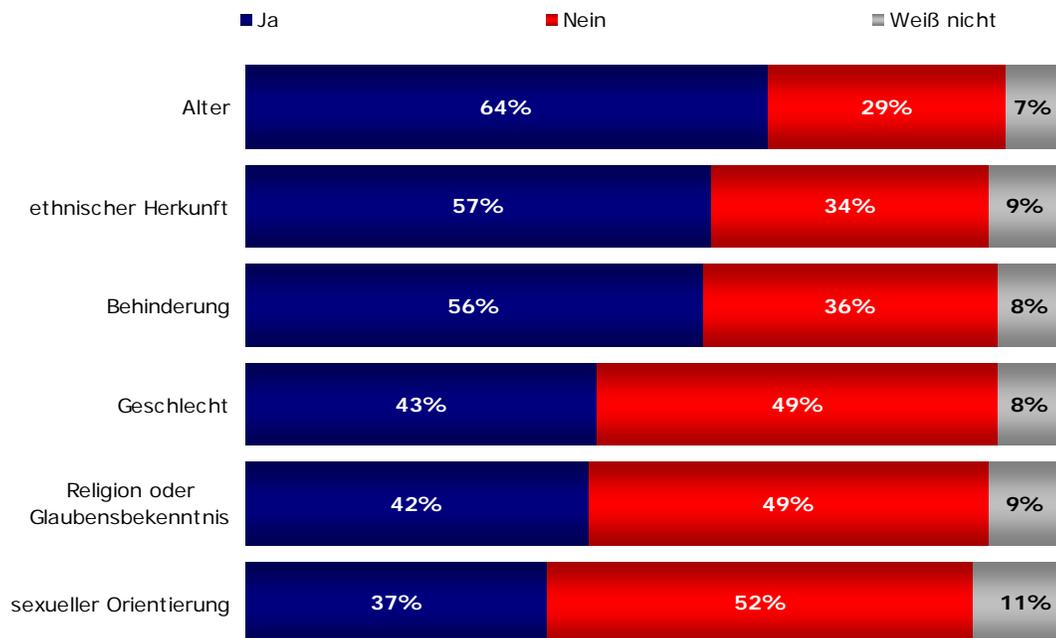
Die Auswirkungen, die die Krise auf Diskriminierung am Arbeitsmarkt hat, wurden ebenfalls eingehender mit den europäischen Bürgern diskutiert. Dazu gehört auch das Ausmaß, in dem sie am Arbeitsmarkt zur Diskriminierung auf Grundlage der verschiedenen Merkmale beitragen könnte.

Wie die Graphik verdeutlicht, **wird erwartet, dass die Krise am stärksten zu einer Zunahme der Diskriminierung aufgrund des Alters führen wird**. Es besteht ein starker Zusammenhang zwischen der Wirtschaftskrise und der erhöhten Wahrnehmung der Altersdiskriminierung: 64% der Europäer geben an, dass die Wirtschaftskrise zu einer Zunahme der Altersdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt führen wird.

Knapp weniger als ein Drittel (29%) teilt diese Meinung nicht und weniger als ein Zehntel (7%) kann die Frage nicht beantworten.³⁴ Bei näherer Betrachtung der Anteile Befragter, die die Frage mit 'Weiß nicht' beantworten, wird sich zeigen, dass bei diesem spezifischen Diskriminierungsgrund die Meinungen sehr dezidiert sind.

Nach Einschätzung von mehr als 50% der Europäer könnte eine mögliche Zunahme der Diskriminierung am Arbeitsmarkt aufgrund der ethnischen Herkunft und aufgrund von Behinderung erfolgen (57% für das erste und 56% für das letztere Merkmal). Mehr als 40% der Europäer geben an, dass die Krise zu einer Zunahme der Diskriminierung am Arbeitsmarkt aufgrund des Geschlechts (43%) und aufgrund der Religion oder Weltanschauung (42%) führen wird, während die Hälfte der Europäer vom Gegenteil ausgeht und bei diesen beiden Diskriminierungsgründen jeweils eine der beiden Antworten für 'Nein' wählt (jeweils 49%). Es wird davon ausgegangen, dass sich die Krise in geringerem Maße auf die Diskriminierung am Arbeitsmarkt aufgrund der sexuellen Ausrichtung auswirken wird. Hier sind weniger als vier von zehn Europäern (37%) der Meinung, dass die Krise im Hinblick auf diesen Aspekt eine Auswirkung haben werde.

QE13. Wird Ihrer Ansicht nach Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt aufgrund von ... wegen der Wirtschaftskrise zunehmen? -% EU27



³⁴ QE13: Wird Ihrer Ansicht nach Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt aufgrund von ... wegen der Wirtschaftskrise zunehmen? Antworten mit 'Ja' zusammengesetzt aus 'Ja, sicher' und 'Ja, bis zu einem gewissen Grad'; 'Nein'-Antworten zusammengesetzt aus 'Nein, sicher nicht' und 'Nein, nicht wirklich' in der Skala.

SCHLUSSFOLGERUNG

Im Rahmen dieser Studie wurden die Meinungen und Wahrnehmungen der europäischen Bürger zu Diskriminierung und den diesbezüglichen politischen Maßnahmen untersucht. In Anbetracht der Wirtschaftskrise, die sich auch in der Europäischen Union deutlich bemerkbar machte, wurde die Studie in diesem Jahr um eine Untersuchung der Auswirkungen der Krise auf Wahrnehmungen und Meinungen der Europäer zur Diskriminierung erweitert. Die Ergebnisse sind sehr aufschlussreich. Im Allgemeinen zeigt die Umfrage folgendes:

1-Ähnlich wie im Jahr 2008 geben 16% der Europäer an, im Jahr 2009 persönlich diskriminiert worden zu sein.

Im Wesentlichen bewegt sich die persönliche Erfahrung von Diskriminierung weiterhin auf dem Stand von 2008, wobei das Alter der häufigste Grund (6%) war, wegen dem Diskriminierung im Verlauf der 12 Monate vor der Befragung erlebt wurde.

Bei Befragten, die sich selbst einer Minderheit zurechnen, fällt dieser Anteil deutlich höher aus (33% der Befragten mit Behinderung, 25% der Befragten mit einer anderen Ethnizität und 23% der Befragten mit einer anderen sexuellen Ausrichtung).

2-Seit 2008 hat die Wahrnehmung von Diskriminierung aufgrund des Alters und aufgrund von Behinderung deutlich zugenommen.

Die ethnische Herkunft ist auch 2009 der am häufigsten wahrgenommene Grund für Diskriminierung in Europa (61% im Vergleich zu 62% in 2008).

Diesem Diskriminierungsgrund folgt mittlerweile jener des Alters dicht auf dem zweiten Platz (58% in 2009 im Vergleich zu 42% in 2008). Die Wahrnehmung, dass Diskriminierung aufgrund des Alters verbreitet sei, ist unter Befragten im Alter von mindestens 40 Jahren deutlich stärker vertreten (60% der Befragten im Alter von 40-54 vertreten diese Ansicht, während dies nur für 49% bei den Befragten im Alter von 15-24 gilt).

Wenn es um die Ansichten zu Diskriminierung am Arbeitsmarkt geht, macht sich angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise die Wahrnehmung zum Alter als Diskriminierungsgrund beunruhigend deutlich bemerkbar: 48% der Befragten betrachten das eigene Alter als Hindernis bei der Stellensuche. Diese Zunahme von drei Prozent gegenüber den Werten des Vorjahrs läßt das Alter zu dem am häufigsten wahrgenommenen Nachteil bei der Stellensuche werden (zusammen mit Aussehen, Kleidungsstil und Erscheinung des Bewerbers) und diese Einschätzung wird die öffentliche Wahrnehmung der Krise sicherlich weiter begleiten, wenn die Zahl der Arbeitsplätze noch knapper wird, als sie es viele Jahre lang war.

Das Vorliegen einer Behinderung ist der einzige weitere Grund, der von mittlerweile mehr Europäern als weit verbreiteter Diskriminierungsgrund angesehen wird (53% in 2009 im Vergleich zu 45% in 2008).

Knapp weniger als die Hälfte der Europäer (47%) vertritt die Ansicht, dass Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung verbreitet sei. Dies entspricht einem Rückgang um vier Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das Maß, in dem dieser Grund als verbreitet wahrgenommen wird, schwankt erheblich auf Länderebene, wobei die Befragten in vielen Mittelmeerländern die Diskriminierung aus diesem Grunde für ziemlich verbreitet halten.

Die Befragten aus den neuen Beitrittsländern der EU scheinen dagegen nicht davon auszugehen, dass Diskriminierung aus diesem Grund verbreitet sei.

Diskriminierung aufgrund von Geschlecht oder Religion/Weltanschauung wird von den Europäern nicht als verbreitet angesehen. Dieses Wahrnehmungsprofil zur Diskriminierung aufgrund der Religion oder Weltanschauung deutet darauf hin, dass es sich hierbei um ein nicht offen sichtbares, aber potentiell bedrohliches Problem handelt.

3-Durch den Beginn der Wirtschaftskrise ist das Vertrauen gesunken, dass die europäischen Regierungen Diskriminierungsprobleme weiterhin mit der gleichen Menge an Fördermitteln und der gleichen Entschiedenheit angehen.

Die Europäer erwarten, dass die Finanzkrise zu einer Verringerung der Fördermittel und auch der Priorität führen wird, die politischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung beigemessen werden. Dabei muss beachtet werden, dass die Mehrheit der Europäer von einer Zunahme der Diskriminierung aufgrund der folgenden drei spezifischen Gründen im Zuge der Wirtschaftskrise ausgeht: aufgrund des Alters (wobei 64% der Europäer dieser Annahme sind), der ethnischen Herkunft (57%) und von Behinderung (56%).

Gleichzeitig muss auch angemerkt werden, dass bei zwei Umfragen in Folge eine positive Entwicklung bei der Bekämpfung von Diskriminierung im Allgemeinen verzeichnet werden konnte, da der Anteil der Befragten, die der Ansicht sind, dass genügend getan werde, mittlerweile geringfügig größer (49%, + 2 Prozentpunkte) und jener der Befragten, die vom Gegenteil überzeugt sind, etwas geringer ist (44%, - 4 Punkte) als noch im vergangenen Jahr. Gleichzeitig aber beurteilen Bürger, die davon überzeugt sind, dass Diskriminierung verbreitet sei (aus einem der sechs von der EU ausgewiesenen Gründe), die Maßnahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung mit geringerer Wahrscheinlichkeit als ausreichend.

Schließlich ist in diesem Zusammenhang anzumerken, dass die Unterstützung für Maßnahmen zur Herstellung von Chancengleichheit am Arbeitsplatz auf gleich hohem Niveau wie im Jahr 2008 geblieben ist (mit 81% der Befragten, die für die Ergreifung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund einer Behinderung bis hin zu 63% für Maßnahmen in Hinblick auf die sexuelle Ausrichtung sind). Bezüglich spezieller Kontrollmaßnahmen im Hinblick auf Belegschaften werden weiterhin die Maßnahmen zur Kontrolle des Einstellungsverfahrens (67%) deutlich mehr unterstützt als jene, die auf die Zusammensetzung der Belegschaft selbst abzielen (52%).

4-Ein vielfältiges soziales Umfeld bleibt der wichtigste bestimmende Faktor für ein hohes Maß an Sensibilität gegenüber Diskriminierung und für die Akzeptanz von Minderheiten.

Es ist recht erstaunlich, wie stark sich der Grad der Vielfalt im eigenen sozialen Umfeld auf die Einstellungen gegenüber Minderheiten auswirkt. Eine vorurteilsfreie Geisteshaltung und Kontakt zu Minderheiten sind die Größen, die sich am günstigsten auf die Einstellungen der Bürger auswirken. Insbesondere wird durch die Umfrage deutlich, dass ein soziales Umfeld, in dem auch Freunde oder Bekannte mit anderer sexueller Ausrichtung vertreten sind, die Aufmerksamkeit der Bürger für Diskriminierung im Allgemeinen erhöht.

Die Dauer der Ausbildung (d.h. die Anzahl der vollständig absolvierten Jahre der Vollzeitausbildung) ist gleichermaßen wichtig. Je länger die Bürger in der Vollzeitausbildung geblieben sind, desto häufiger sehen sie Diskriminierung als verbreitet an, desto vielfältiger ist ihr soziales Umfeld und umso mehr kennen sie die eigenen Rechte, sollten sie Opfer von Diskriminierung werden.

5-Die Vielfalt wird von den Medien nicht in genügendem Maße wiedergegeben, insbesondere wenn es um Menschen mit Behinderung geht.

Ein erheblicher Teil der Europäer ist der Meinung, dass die Vielfalt in den Medien nur in unzureichendem Maße dargestellt wird. Insbesondere bei der Behinderung als Diskriminierungsgrund gibt dies Grund zur Besorgnis, da 44% der Europäer meinen, dass die Vielfalt im Hinblick auf diesen Aspekt nicht in ausreichendem Maße in den Medien wiedergegeben werde. Etwa ein Drittel der Europäer vertritt diese Ansicht jeweils bei der ethnischen Herkunft (36%), der Religion oder Weltanschauung (35%), dem Alter (33%) und der sexuellen Ausrichtung (31%). Im Hinblick auf das Geschlecht ist geringfügig mehr als ein Viertel der Europäer (26%) der Ansicht, dass die Vielfalt nicht in genügendem Maße in den Medien wiedergegeben werde.

6-Nur einer von drei europäischen Bürgern ist sich für den Fall, dass er Opfer von Diskriminierung oder Belästigung würde, seiner Rechte bewusst. Dieser Wert verbirgt jedoch deutliche Unterschiede innerhalb der EU.

Nur ein Drittel der Europäer gibt an, die eigenen Rechte für den Fall von Diskriminierung oder Belästigung zu kennen (33%). Seit 2008 hat sich der Wissensstand in diesem Bereich nicht verbessert.

Auch Bürger, die einer Minderheit angehören, sind von dieser Unkenntnis betroffen. Diese Bürger geben allerdings im Durchschnitt etwas häufiger an, ihre Rechte zu kennen. Weiterhin zeigt die Umfrage, dass auch Bürger, die bereits persönlich von Diskriminierung betroffen waren, nicht in bedeutend höherem Umfang über dieses Wissen verfügen:

7-Die Mehrheit der Bürger würde Fälle von Diskriminierung bei der Polizei melden. Das Vertrauen in andere wichtige Institutionen, denen Fälle von Diskriminierung angezeigt werden können, wie beispielsweise Organisationen, die sich um Fragen der Gleichstellung kümmern und die Gewerkschaften, schwankt sehr stark in Abhängigkeit von dem Land, in dem die Umfrage durchgeführt wird.

Die lückenhafte Kenntnis der gesetzlichen Lage wird weiter durch die Tatsache verdeutlicht, dass die Mehrheit der Europäer es bevorzugen würde, Fälle von Diskriminierung bei der Polizei zu melden. Das Wissen um das Vorhandensein besonderer Behörden, wie beispielsweise jener zur Förderung der Gleichstellung, scheint gering zu sein, da weniger Bürger diese als bevorzugte Anlaufstellen nennen. Zudem variiert hier der Kenntnisstand je nach Land. Zum Beispiel würden fast drei von vier Schweden Diskriminierung einer solchen Behörde anzeigen. Dieser Anteil ist weitaus höher als in jedem anderen Land. Auch bei den Gewerkschaften als Anlaufstelle sind deutliche Unterschiede festzustellen. In den nordeuropäischen Ländern und insbesondere in Dänemark werden diese größtenteils bevorzugt, doch in vielen der neuen Mitgliedsländer der EU und auch den Beitrittskandidaten werden sie selten erwähnt. Daher macht die Umfrage deutlich, dass es von enormer Wichtigkeit ist, alle Europäer auf die Existenz der Diskriminierungsgesetze aufmerksam zu machen.

Angesichts des Schattens der Rezession, den die Wirtschaftskrise auf viele europäische Wirtschaften geworfen hat, stimmt es zuversichtlich, die Fortschritte zu sehen, die die Europäische Union in einer Reihe von Bereichen bei der Verminderung der Diskriminierung erzielt hat. Dieser Bericht stellt jedoch auch insofern eine unmittelbare Herausforderung dar, als dass die Diskriminierung aufgrund des Alters oder aufgrund von Behinderung nun als verbreiteter wahrgenommen wird als noch im letzten Jahr. Es ist außerdem ermutigend, dass aufgrund dieser Daten der soziale Mechanismus erkannt wurde, dank dem diese Diskriminierung überwunden werden kann – durch das soziale Umfeld, die Rolle von Bildung und von Sensibilisierung. Die politischen Anstrengungen und Maßnahmen, die sich auf diesen Ausschnitt der Wirklichkeit konzentrieren, werden sicherlich etwas bewirken, wenn es darum geht, sicherzustellen, dass das zweite bedeutende Ergebnis dieses Berichtes - die verbreitete Annahme der Europäer, die Wirtschaftskrise werde zu einer Verringerung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung führen - im Großen und Ganzen das bleibt, was sie ist: nämlich nur eine Annahme.

ANNEXES

TECHNISCHER HINWEIS

EUROBAROMETER SPEZIAL 317

« Diskriminierung in der EU im Jahr 2009 »

TECHNISHER HINWEIS

Zwischen dem 25. Mai 2009 und dem 17. Juni 2009, hat TNS Opinion & Social, ein Konsortium aus TNS plc und TNS opinion, im Auftrag der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Generaldirektion Kommunikation, Referat "Forschung und politische Analyse", die EUROBAROMETER-Umfragewelle 71.2 durchgeführt.

Die EUROBAROMETER-SPEZIALUMFRAGE Nr. 318 ist Teil der Umfragewelle 71.2 und deckt die Gruppe der mindestens 15 jährigen Personen ab, die über die Nationalität eines EU-Mitgliedsstaates verfügen und in einem der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ihren Wohnsitz haben. Die EUROBAROMETER-SPEZIALUMFRAGE Nr. 318 wurde außerdem in den drei Bewerberländern, in Kroatien, der Türkei und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Das in allen Ländern angewendete Prinzip zur Stichprobenauswahl besteht in einer mehrstufigen Zufallsauswahl (Zufallsstichprobe). In den einzelnen Ländern wurden jeweils mit einer zur Bevölkerungszahl (um jeweils das gesamte Land abzudecken) und Bevölkerungsdichte proportionale Wahrscheinlichkeit mehrere Erhebungspunkte durch Ziehung ermittelt.

Zu diesem Zweck wurden aus den "regionalen Verwaltungseinheiten" nach einer Schichtung pro Einzeleinheit und nach Regionstypen, diese Erhebungspunkte systematisch durch Ziehung ermittelt. Sie repräsentieren so das Gesamtgebiet des an der Studie teilnehmenden Landes, nach EUROSTAT-NUTS II (oder entsprechendem) und nach der Verteilung der nationalen Wohnbevölkerung in Bezug auf großstädtische Ballungszentren sowie städtische und ländliche Gebiete. Für jeden der Erhebungspunkte wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsadresse gezogen. Die weiteren Adressen (jede n-te Adresse) wurden daraufhin ausgehend von der Ausgangsadresse nach einem Random-Route-Verfahren ausgewählt. In jedem Haushalt wurde dann der Befragte nach einem Zufallsprinzip bestimmt (nach der Regel des „zeitlich am nächsten liegenden Geburtstags“). Alle Interviews wurden von Angesicht zu Angesicht mit dem Befragten und in der jeweiligen Landessprache durchgeführt. Was die Technik der Datensammlung betrifft, wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das CAPI-System (Computer Assisted Personal Interview) eingesetzt.

ABKÜRZUNG	LÄNDER	INSTITUTE	ZAHL DER INTERVIEWS	FELDZEIT	BEVÖLKERUNG 15+
BE	Belgien	TNS Dimarso	1.000	29/05/2009	8.786.805
BG	Bulgarien	TNS BBSS	1.009	29/05/2009	6.647.375
CZ	Tschech. Rep.	TNS Alsa	1.033	29/05/2009	8.571.710
DK	Dänemark	TNS Gallup DK	1.001	25/05/2009	4.432.931
DE	Deutschland	TNS Infratest	1.523	29/05/2009	64.546.096
EE	Estland	Emor	1.007	29/05/2009	887.094
IE	Irland	TNS MRBI	1.007	29/05/2009	3.375.399
EL	Griechenland	TNS ICAP	1.000	29/05/2009	8.691.304
ES	Spanien	TNS Demoscopia	1.007	29/05/2009	38.536.844
FR	Frankreich	TNS Sofres	1.078	29/05/2009	46.425.653
IT	Italien	TNS Infratest	1.048	29/05/2009	48.892.559
CY	Zypern	Synovate	501	27/05/2009	638.900
LV	Lettland	TNS Latvia	1.012	29/05/2009	1.444.884
LT	Litauen	TNS Gallup Lithuania	1.022	29/05/2009	2.846.756
LU	Luxemburg	TNS ILReS	504	25/05/2009	388.914
HU	Ungarn	TNS Hungary	1.000	29/05/2009	8.320.614
MT	Malta	MISCO	500	29/05/2009	335.476
NL	Niederlande	TNS NIPO	1.079	28/05/2009	13.017.690
AT	Österreich	Österreichisches Gallup-Institut	1.001	29/05/2009	7.004.205
PL	Polen	TNS OBOP	1.000	29/05/2009	32.155.805
PT	Portugal	TNS EUROTESTE	1.020	29/05/2009	8.080.915
RO	Rumänien	TNS CSOP	1.023	29/05/2009	18.246.731
SI	Slowenien	RM PLUS	1.022	28/05/2009	1.729.298
SK	Slowakei	TNS AISA SK	1.037	29/05/2009	4.316.438
FI	Finnland	TNS Gallup Oy	999	29/05/2009	4.353.495
SE	Schweden	TNS GALLUP	1.006	29/05/2009	7.562.263
UK	Vereinigtes Königreich	TNS UK	1.317	29/05/2009	50.519.877
HR	Kroatien	Puls	1.000	28/05/2009	3.734.300
TR	Türkei	TNS PIAR	1.003	29/05/2009	47.583.830
	ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien	TNS Brima	1.009	29/05/2009	1.648.012
MK			26.756	25/05/2009	453.722.173
TOTAL					

In jedem Land wurde ein Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit durchgeführt. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von EUROSTAT bzw. den von den nationalen Statistik-Instituten stammenden Daten. Für alle von der Studie abgedeckten Länder wurde auf der Basis dieser Beschreibung der Grundgesamtheit ein Verfahren zur nationalen Gewichtung ausgearbeitet (unter Einbeziehung von Marginal- und Kreuzgewichtungen). In allen Ländern wurden das Geschlecht, das Alter, die Regionen und die Siedlungsgröße in das Iterationsverfahren einbezogen. Für die internationale Gewichtung (z.B. EU-Mittelwerte) hat TNS Opinion & Social auf die offiziellen, von EUROSTAT oder den nationalen Statistik-Instituten herausgegebenen Zahlen zurückgegriffen. Die vollständigen Bevölkerungszahlen, die in dieses Verfahren der nachträglichen Gewichtung eingeflossen sind, sind oben angegeben.

Der Leser sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Ergebnissen einer Umfrage stets um Schätzungen handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – von der Stichprobengröße und dem Stichprobenanteil abhängig ist. Für eine Stichprobengröße von ungefähr 1.000 Interviews, schwanken die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Stichprobenanteil	10% oder 90%	20% oder 80%	30% oder 70%	40% oder 60%	50%
Konfidenzgrenzen	± 1,9 Punkte	± 2,5 Punkte	± 2,7 Punkte	± 3,0 Punkte	± 3,1 Punkte